

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Strohband bezogen für Österreich, Ungarn, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 21.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5/6

Die neungipflerte Monatsbeilage oder deren Raum kostet 1.— M., ein abendliches Anzeigenheft, kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Anzeigenheft, laufende Anzeigen: Das erste Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1,25 M., netto pro Heft. Stellen-Anzeigen und Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 2,75 M., netto pro Heft. Stellen-Befehle und Familien-Anzeigen: Das erste Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# ARBEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Deutschnationale Saboteure

### Helfferich will den völligen Zusammenbruch — Die Riesengewinne der Industrie

Im Mittelpunkt der Aussprache, mit der gestern der Ausschuss des Reichstags die Generaldebatte über die Finanzlage der Republik eröffnete, standen Ausführungen des Abgeordneten Helfferich. Sie besorgten nur zum Teil das früher einmal von Herrn von Oldenburg-Januschau aufgestellte Rezept, wonach eine Rede kurz und verlegend sein soll. Sie waren zwar aggressiv, aber sie waren lang, und ihr tatsächlicher Inhalt entsprach nicht ihrem Umfang.

Wir hatten wieder einmal den echten Helfferich vor uns: ausfallende Kritik, aber keine positiven Vorschläge. Kritik nicht etwa an den Sünden des Krieges und der Kriegsführung, sondern an der gegenwärtigen republikanischen Regierung, die nach der Behauptung dieses Demagogen alle Schuld an dem elenden Zustand trägt. Sie hat das Ultimatum unterschrieben, obwohl Helfferich „gebettelt und gefleht“ hat, die Folgen für die deutsche Valuta zu bedenken, und jetzt muß derselbe Helfferich, wie er versichert, in schlaflosen Nächten über die Not des deutschen Volkes nachsinnen. Auch heute geht er der Frage sorgfältig aus dem Wege, wie die Annahme des Ultimatum zu vermeiden gewesen wäre, und ebensowenig weiß er irgendeinen Weg, der aus der Misere herausführen könnte. Die Regierung trägt die Verantwortung, die Deutschnationalen waschen ihre Hände in Unschuld.

Doch halt! Der Kritiker hat doch etwas Positives zu sagen. Wir wollen ihm beileibe nicht unrecht tun. Er verlangt, daß die Entente dem deutschen Volke eine Ruhepause gewähre, das heißt auf einige Zeit auf die ihr zustehenden Zahlungen verzichte. Eine glänzende Idee! Sie ist der allgemeinsten Zustimmung sicher. Aber leider ist praktisch mit ihr verknüpft wenig anzufangen. Die Alliierten kümmern sich nicht um derartige Wünsche und Forderungen, und am allerwenigsten dann, wenn sie aus dem Munde des Dr. Helfferich kommen. Im Laufe des heutigen Tages will die Reparationskommission Berlin wieder verlassen. Das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der deutschen Regierung ist noch nicht in seinen Einzelheiten bekannt. Aber soviel wissen wir, daß die Hoffnung auf ein Moratorium eitel war. Deutschland hat die nächsten Zahlungstermine innezuhalten. Eine Atempause ist ihm einstweilen nicht vergönnt, und es bleibt ihm nur die Wahl, entweder die Strafmahnahmen über sich ergehen zu lassen, die die Gläubiger für den säumigen Schuldner in Bereitschaft halten, oder das äußerste zu tun, um wenigstens fürs erste seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Nach Herrn Helfferich freilich ist die Grenze des Möglichen bereits erreicht oder gar überschritten. Die deutsche Wirtschaft ist dem Untergang nahe, und es ist mehr als zweifelhaft, ob sie überhaupt die gegenwärtig vorgelegten Steuern noch ertragen kann, von denen freilich, daß sie weder das innere Defizit decken, noch Deutschland gegenüber der Entente zahlungsfähig zu machen vermögen.

Zur Illustration dieser Darstellung gestatten wir uns auf Abschlüsse zweier Industrieunternehmen hinzuweisen, die in den letzten Tagen bekannt geworden sind. Der eine ist der der Mannesmann-Werke. Der Rohgewinn beläuft sich auf rund 222 Millionen Mark gegen 104 Millionen Mark im Vorjahr. Nach den jetzt üblichen riesenhaften Abzügen verbleibt ein Uberschuß von 84 Millionen Mark, aus dem 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und 30 Prozent auf die Stammaktien ausgeschüttet werden. Aus dem Ertrag des laufenden Geschäftes hat das Unternehmen bei einem eingesetzten Aktienkapital von 89½ Millionen Mark allein 108 Millionen den Aktionären zugesichert. Der Verkauf seiner beiden Saarwerke hat einen Zugewinn von 179 Millionen Mark ergeben.

Alle Erträge haben sich mehr als verdoppelt, die Steuerleistung aber ist nur auf 24,7 Millionen gegen 23,8 Millionen im Vorjahr gestiegen. Offenbar stehen die Mannesmann-Werke vor dem Zusammenbruch und können eine weitere steuerliche Belastung schlechterdings nicht ertragen.

Das zweite Beispiel liefert die Schokoladenfabrik Sarotti. Nach einem Prospekt, den sie ausgibt, besitzt sie das Dreifache ihres Aktienkapitals allein an flüssigen Mitteln. Sie zahlt 40 Prozent Dividende. Sie vermehrt ihr Aktienkapital und gibt auf jede alte Aktie drei neue zum Nennwert von 100 Prozent, während der Wertverlust mehr als das Fünffache beträgt. Erklärung dafür ist die Tatsache: Die so gewährte Bezugsrechte werden nicht zur Steuer herangezogen. Die Bilanz beweist für Herrn Helfferich wahrscheinlich, daß auch dieses Unternehmen am Rande des Abgrundes hält.

Der Steueransatz hat die herzbewegenden Klagen des Großkapitals mit mehr oder weniger Geduld angehört. Zum mindesten von den Vertretern der Deutschen Volkspartei werden wir, wenn er am Dienstag wieder zusammentritt, ähnliche Töne zu hören bekommen. Darüber vergeht die kostbare Zeit und es ist mehr als zweifelhaft, ob sich dieses Kollegium dazu aufraffen wird, Entschlüsse zu fassen, die wenigstens fürs erste helfen können, mit anderen Worten, ein Notgesetz etwa in dem von uns und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Sinne zu verlangen. Wenn die Dinge laufen, wie die Rechte es wünscht, dann wird Deutschland am 15. Januar nicht imstande sein, zu zahlen,

dann wird ein neuer gewaltiger Sturz der Mark kommen, dann werden die Preise eine unerschwingliche Höhe erreichen, und dann wird die Entente eben zu ihren Zwangsmitteln greifen. Herr Helfferich wird schlaflose Nächte und wortreiche Tage haben, er wird protestieren und drohen, aber das Volk wird hungern, und das Reich wird entweder zerrissen oder unter die Finanzkontrolle der Entente gestellt werden.

Ueber die Erfassung der Sachwerte wurde gestern wenig gesprochen. Der deutschnationale Redner beschränkte sich darauf, vor der Expropriation der deutschen Wirtschaft zugunsten der „Feinde“ zu warnen. Fast im gleichen Atemzug aber wies er darauf hin, daß die Ausländer an der Börse die Aktien der deutschen Unternehmen bei dem heutigen Kursstand für ein Butterbrot erwerben könnten. Er gab also zu, daß zur Zeit schon der Enteignung deutschen Besitzes keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Aber diese Form der Expropriation erscheint den deutschen Kapitalisten noch immer weniger bedenklich, als die Gefahr, daß der Staat Anteile der Gesellschaften in die Hand bekommt, die er zur Basis eines Auslandskredits machen kann, und die drohende Kontrolle durch die Alliierten hat für sie geringere Schrecken, als die Kontrolle durch die eigene Regierung und das eigene Parlament.

Sollen die Saboteure und Katastrophopolitiker wirklich ihr verbrecherisches Spiel zum völligen Zusammenbruch treiben können? Immer dringender wird die Pflicht der Regierung, ihm ein Ende zu bereiten und dem Parlament die Gegenmaßnahme vorzulegen, die durch die wirtschaftliche Situation geboten sind. Säumen sie, und trägt sie Bedenken, den Kampf aufzunehmen, dann müssen die Arbeiter alles tun, was in ihren Kräften steht, um sie vorwärts zu stoßen. Das Proletariat kann und wird es sich nicht gefallen lassen, daß die Helfferich und Genossen mit ihm Schindluder treiben.

## Die Steuerlasten des deutschen Volkes

### Irreführung der Deffentlichkeit

Die Reichsregierung hat dem Steueransatz des Reichstags eine Anzahl von Uebersichten über die Steuerbelastung in Deutschland und anderen Staaten zugehen lassen. Ueber diese Uebersichten, die z. T. recht ansehnliche Gruppierungen aufweisen, wird noch manches zu sagen sein. Eine Uebersicht über die Steuerbelastung in Deutschland unter Berücksichtigung der neuen Steuergesetze dürfte die Einnahmen in Reichsteuern nach dem Entwurf zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922.

Folgende Steuern kommen in Betracht (in Mark Millionen): Einkommensteuer 23 000, Körperschaftsteuer 4000, Kapitalertragssteuer 1530, Reichsnotopfer 8000, Besitzsteuer 20, Erbschaftsteuer 700, Umsatzsteuer (ohne Luxusgütersteuer) 24 000, Luxusgütersteuer 500, Grunderwerbsteuer 550, Kapitalverkehrssteuer a) Gesellschaftsteuer 1067,35, b) Wertpapiersteuer 117,85, c) Börsenumsatzsteuer 1075,3, d) Aufsichtsratssteuer 50, e) Gewerbesteuer 330, Kennzeichensteuer 215, Lotteriesteuer 60, Wechselstempelsteuer 30, Stempel von Frachtkunden 100, Abgaben vom Personenverkehr 1000, Abgaben vom Güterverkehr 600, Zuwachssteuer, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, außerordentliche Kriegsabgabe 1919, außerordentliche Kriegsabgabe 1918, Zuschlag zur außerordentlichen Kriegsabgabe 1916, Kriegsabgabe 1916, Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit, zusammen 3000, Zölle 4700, Kohlensteuer 10 150, Tabaksteuer 3500, Biersteuer 1000, Weinsteuer 500, Schaumweinsteuer 100, Mineralwassersteuer 60, aus der Branntweinverwertung 1748, Effigiläureerzeugnisabgabe 47, Zuckerversteuerung 1000, Salzsteuer 60, Blindwarensteuer 110, Leuchtmittelsteuer 60, Spielkartensteuer 10, statistische Gebühr 13, aus dem Säckelmonopol 100, Ausfuhrabgaben 700.

Die Gesamtsumme der vorstehend angeführten Steuern würde rund 95 Milliarden Mark pro Jahr betragen. Die Gesamtbelastung pro Kopf würde 1583,80 Mark ausmachen.

Die künftige Belastung des Volkes beträgt nach den Berechnungen der Regierung rund 52½ Milliarden Mark, das sind 51,1 Prozent der Gesamtbelastung. Die Verbrauchsbelastung durch Besteuerung entbehrlicher Genussmittel würde fast 7 Milliarden betragen, das sind 6,8 Prozent der Gesamtbelastung. Die Besteuerung des lägeren Verbrauchs würde einen Gesamtbetrag von rund 43 Milliarden Mark ergeben, das sind 42,1 Prozent der Gesamtbelastung.

Diese Berechnungen sind irreführend. Die Einkommensteuer, von der ein großer Teil aus den Einkünften der Vermögenden fließt, wird in voller Höhe zu der Belastung der Besitzenden hinzugerechnet. Ebenso die Umsatzsteuer, obwohl sie doch abgewälzt und nicht allein von den Besitzenden, sondern in erheblichem Maße von den Verbrauchern getragen wird. Gegen solche Methoden der Irreführung der öffentlichen Meinung erheben wir entschiedensten Einspruch.

## Entstaatlichung der Eisenbahn?

Von Bruno Mäch

Als die Absicht der deutschen Großindustrie, dem Reiche durch die Einleitung einer umfassenden Kreditaktion zu helfen, in der Deffentlichkeit bekannt wurde, sprach die bürgerliche Presse von einem „heroischen Entschluß“, während die Mehrzahl der sozialistischen Zeitungen mit Recht auf den alsbaldigen lateinischen Satz hinwies: timoo dannos et dona ferentes (ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen). Die inzwischen eingetretene Entwicklung hat den Warnern in unseren Reihen in vollem Umfange recht gegeben. Ja, es muß ausgesprochen werden, daß die Resolution des Reichsverbandes der deutschen Industrie, in welcher die Industriellen ihre Bedingungen an die Reichsregierung formuliert haben, weit über das hinausgeht, was wir selbst von unserem Sinnes und Konferten erwartet haben. Diese Resolution fordert in dürren Worten nichts anderes als die vollständige Abdankung der demokratischen Republik und die offene Aufrichtung der Diktatur des Großkapitals. Gestützt auf ihren ungeheuren Besitz an Produktionsmitteln und Sachgütern der verschiedensten Art, übermächtig gemacht durch das in den Kämpfen der letzten Monate wiederholt offenbar gewordene Uebergewicht ihrer geschlossenen und machtmächtigen Organisation gegenüber der wirtschaftlich geschwächten, politisch zerklüfteten und zum erheblichen Teil indifferent gewordenen Arbeiterschaft, überzeugt von der Ohnmacht einer sich selbst nicht vertrauenden Regierung, hält die Industrie ihre Stunde für gekommen. Jetzt macht sie aus ihrer eigentlichen Absicht kein Hehl mehr, offen proklamiert sie ihre unmittelbaren Ziele.

Die Forderungen des Kapitals gehen zunächst darauf hinaus, daß alle die schwachen Schranken, welche durch die noch bestehenden Reste der Zwangswirtschaft und die sozialpolitische Gesetzgebung der Ausbeutung entgegenstehen, beseitigt, daß der Arbeiter wieder hemmungslos der Unternehmerwillkür ausgeliefert werde. Um dieses Ziel zu erreichen, heißt es in der Resolution, daß „das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung hemmenden Fesseln“ befreit werden müsse. Wer den Kampf des Unternehmertums gegen das Betriebsrätegesetz, die Erwerbslosenfürsorge, den Achtstundentag, die Kurzarbeit verfolgt hat, weiß, welche Ziele mit dem oben zitierten Satz der Resolution bezeichnet sind.

Das Recht des Reichstages, die Finanzgebarung des Reiches zu bestimmen und zu kontrollieren, ist der Industrie ebenfalls ein Dorn im Auge. Wer Ausgaben beschließt, muß auch Einnahmen schaffen, was im allgemeinen zu steuerlichen Belastungen führen wird, von denen das deutsche Großkapital noch niemals sehr begeistert gewesen ist. Haben diese Kreise es doch unter der kaiserlichen Regierung erfolgreich zu verhindern gewußt, daß sie während des Krieges zu steuerlichen Mehrleistungen herangezogen wurden, so daß die Verschuldung des Reiches und die mit ihr verbundene Goldinflation bereits in den Jahren 1915/16 einen gefährlichen Umfang annahm. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Forderung ist daher: „Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen“. Da wir bisher noch keinen Protest gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder gehört haben, wenn es sich um die Milliardenentschuldigung der Reeder oder die der lothringischen Großindustriellen gehandelt hat, so werden darunter wohl die Ersparnisse gemeint sein, die auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, der Erwerbslosenunterstützung, wo die Gelder spärlich genug fließen, gemacht werden sollen. Hier soll also eine Erste Kammer in Gestalt des Reichsverbandes der deutschen Industrie geschaffen werden, die ein Vetorecht gegen die Ausgabenbewilligungen des Reichstages haben müßte, denn auf welche andere Weise könnte die verlangte Sicherheit gegeben werden?

Gekrönt aber werden diese „begehrten“ Forderungen des Kapitals durch die nach der Entstaatlichung der öffentlichen Betriebe, ihrer Ueberweisung an das Privatkapital. In erster Linie wird dabei an die Vergabe der Reichseisenbahnen gedacht, deren großes Defizit, das zur Zeit den ordentlichen Etat des Reiches schwer belastet, den erwünschten Vorwand zu der erhobenen Forderung abgibt.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die Eisenbahnen, die in der Zeit vor dem Kriege Ueberschußbetriebe waren, sind in den Jahren des Krieges in einer furchtbaren Weise in Anspruch genommen worden. Der gesamte Schienenkörper ist einer gewaltigen Belastung ausgesetzt worden, ohne daß die erforderlichen Erneuerungsarbeiten in annähernd ausreichendem Maße durchgeführt wurden. Der Wagenpark ist geradezu an den Rand einer Katastrophe gebracht, das Personal entsetzlich überanstrengt worden. Die Erstattung des Reiches an die Eisenbahnverwaltungen für die Inanspruchnahme durch das Heer stand in keinem normalen Verhältnis zu der Leistung der Bahnen und dem Verschleiß des gesamten Betriebes. Als der Krieg beendet war, sind die deutschen Eisenbahnen ohne Ausnahme in einem derartig schlechten Zustand gewesen, daß eine Milliardensumme zur Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit des Betriebes erforderlich war, die bei der Eigenart der Ver-



waltungsbuchführung als laufende Ausgabe verrechnet worden ist, während sie in jedem kaufmännischen Betriebe als angelegtes Kapital, also als bedeutendes Aktivum wieder in Erscheinung getreten wäre.

Vor allem aber ist die Eisenbahnverwaltung bei der Belieferung durch die Privatindustrie von jeder beliebigen Ausbeutungsobjekt gewesen und es kann nicht geleugnet werden, daß die umfangreichen Bestellungen der Eisenbahndirektionen zu den Gewinnzielen der Schwerindustrie direkt und indirekt sehr erheblich beigetragen haben. Indirekt deshalb, weil die Verkehrsmittel in der Hand des Reiches ihre Tarife weit unter dem Maße gehalten haben, der der allgemeinen Entwertung des Geldes und Teuerung entsprechen würden. Auf diese Weise konnte die Industrie bei den niedrigen Tarifen besonders im Exportgeschäft ungeheure Gewinne auf Kosten der Verkehrsmittel realisieren. Während die Materialpreise sich zum Teil um mehrere tausend Prozent erhöht haben, die Personalausgaben durch die Einführung des Achtstundentages und die notwendige, allerdings hinter der Teuerung erheblich zurückgebliebene, Erhöhung der Löhne und Gehälter answollen, sind die Eisenbahntarife so niedrig gehalten worden, daß kein Unternehmen unter irgendeiner noch so fähigen Leitung in der Lage gewesen wäre, ohne ein beträchtliches Defizit abzuschließen. Wie niedrig die Eisenbahntarife geblieben sind, wird ja am besten dadurch illustriert, daß der binnenländische Verkehr, so wie er es nur erreichen konnte, den Schienenweg anstelle des Wassertransportes wählte, weil die Wasserfrachten erheblich über denen der Eisenbahn standen, während das Verhältnis vor dem Kriege gerade umgekehrt war. Wie weit die Tarife unter der gegenwärtigen Geldentwertung bleiben, geht vielleicht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß man zur Zeit im D-Zug 2. Klasse mit Schlafwagenbenutzung von Berlin bis nach Frankfurt am Main fahren kann — für einen amerikanischen Dollar, dessen Wert 4,16 Goldmark ist.

Es ist nicht meine Absicht, durch diese Bemerkungen die Eisenbahnbetriebe als mustergültig hinzustellen und etwa zu betonen, daß wesentliche Reformen notwendig sind. Diese Darlegung verschiedener Ursachen des Defizits sollte nur die Demagogie der Großindustrie beleuchten, die sich gegen jede Tarifierhöhung stemmt, weil sie bei den niedrigen Sätzen ihre großen Extragewinne zu machen vermag, auf der anderen Seite aber nicht genug gegen die Mißwirtschaft bei den Eisenbahnen wettern kann. Kein Zweifel darf vielmehr daran gelassen werden, daß die bisherigen Formen der Staatswirtschaft nach unseren sozialistischen Anschauungen durchaus nicht dem entsprechen, was wir von gemeinwirtschaftlichen Betrieben fordern. Wir wehren uns also nicht etwa gegen eine Entbureaucratifizierung der Eisenbahnen, gegen eine wirtschaftlich zweckmäßige Umgestaltung der Betriebsformen, sondern gegen die Ueberlegung an das Privatkapital, gegen die Stinnesierung der Reichseisenbahnen, die im gegenwärtigen Augenblick eines der wenigen realen Machtmittel der Staatsgewalt darstellen und gerade wegen ihrer unabhängigen politischen Bedeutung als neues Machtinstrument von den ungekrönten Königen der deutschen Wirtschaft erstrebt werden.

Die Umwandlung der Reichseisenbahnen aus einem fiskalischen und damit notwendigerweise bürokratischen Betrieb in eine gemeinwirtschaftliche Unternehmung muß von der deutschen Arbeiterklasse gefordert und durchgeführt werden. Die Formen dieser gemeinwirtschaftlichen Unternehmung werden erst nach einer rechtlichen Durcharbeitung bedürfen, weil die bestehenden Rechtsformen der Aktiengesellschaft, der G. m. b. H. oder dergleichen dafür nicht geeignet erscheinen. Der Aufbau müßte etwa in der Art erfolgen wie die Sozialisierungskommission in ihrem Vorschlag I zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues ihn für die Verstaatlichung der Bergwerke vorgezeichnet hat. Die Schaffung einer neuartigen Rechtsform für diese „gemeinwirtschaftliche Unternehmung“ ist nicht nur für die Reorganisation des Eisenbahnwesens von Bedeutung, sie ist vielmehr außerordentlich dringlich für die sehr zahlreichen Unternehmungen der Länder und Gemeinden, die in wachsender Zahl in die bestehenden Rechtsformen der Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung überführt werden, in die sie nicht hineinpassen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Juristen in unseren Reihen sein, sich sofort mit dieser Frage zu befassen und konkrete Gesetzesvorschläge für diese neue Gesellschaftsform auszuarbeiten und der öffentlichen Diskussion zu unterbreiten.

Die Forderung der Großindustrie auf Hergabe der Sachwerte des Reiches an das Privatkapital muß mit der Gegenforderung der sofortigen Erhaltung der Sachwerte der Industrie und Landwirtschaft beantwortet werden. Der Kampf, zu dem die Resolution des Reichsverbandes die Arbeiterklasse herausgefordert hat, darf sich nicht auf die Abwehr dieser unersättlichen Herausforderung beschränken, sondern muß auf der ganzen Linie offenstehen aufgenommen werden. Wenn die deutsche Arbeiterklasse in diesen Stunden nicht die entscheidende Bedeutung der kommenden Kämpfe erkennt und sich einheitlich zur Abwehr zusammenschließt, dann wird sie eines Tages aufwachen und mit Entsetzen begreifen, daß sie selbst die Grube gegraben hat, in der man alsdann ihre Sehnsüchte und Hoffnungen auf eine sozialistische Umgestaltung für lange Zeit begraben wird. Muß die deutsche Arbeiterklasse wirklich erst mit Skorpionen gezüchtigt werden??

## Das Schicksal der Deutschen Werke

### Die Gewerkschaften bei Kollat

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich), des Gewerkschaftsrings (kirchlich) und des A.G.B. hatten den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission, General Kollat, gebeten, eine gemeinsame Abordnung zu empfangen um im Namen von 13 Millionen organisierten Arbeitern Vorstellungen wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutschen Werke zu erheben. General Kollat erklärte sich sofort zum Empfang bereit; die Kommission hatte am Freitag Gelegenheit in einer zweistündigen Unterhaltung dem General die Auffassung der deutschen Arbeiter darzulegen, während der General die Gründe für das Vorgehen der Interalliierten Kommission erläuterte. Es steht zu erwarten, daß diese Rücksprache nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Deutschen Werke sein wird.

Die Kommission wurde ferner vom englischen und vom italienischen Botschafter sowie vom amerikanischen Geschäftsträger empfangen.

Die in Berlin versammelten Betriebsräte aller zu den Deutschen Werken gehörigen Betriebe haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Wir erheben entschieden Protest gegen die Forderungen, die die Interalliierte Militär-Kontrollkommission neuerdings an die Deutschen Werke

gestellt hat. Die Auffassung oder Befürchtung, in den Betrieben der Deutschen Werke könne in kürzester Frist wieder Kriegsgewehr hergestellt werden, ist völlig unbegründet, da weder die noch vorhandenen technischen Einrichtungen dazu verwendet werden können, noch die Arbeiterkraft gewillt ist, Kriegsgewehr herzustellen. Die Arbeiter der ehemaligen Heeres- und Rüstungsbetriebe haben auf einem Kongreß der Rüstungsarbeiter beschlossen, jedwede Fabrikation zu Kriegs- und Rüstungszwecken einzustellen. Die Betriebsräte der Deutschen Werke werden etwaige Versuche, die Betriebe für Kriegs- und Rüstungszwecke einzustellen und Rüstungszwecken wieder nutzbar zu machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterbinden. Mit derselben Entschiedenheit wenden sie sich gegen alle Bestrebungen, welche dazu ansetzen, die nur auf Friedensarbeiten eingestellten Betriebe lahm zu legen.

## Dumme Heze

### Die Ententemaßnahmen gegen die deutsche Industrie

Die Zerstörungsmassnahmen der Entente gegen die deutsche Industrie nehmen in der Tat einen bedrohlichen Umfang an. Auf das Vorgehen gegen Krupp in Essen, über das wir gestern berichteten, folgt eine ähnliche Maßnahme gegen die Firma Benz in Mannheim. Der Firma wurde der Bau schnelllaufender Handelsdieselmotoren verboten. Die Nachricht wird allerdings einseitig nur von der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegeben und muß daher mit Vorbehalt aufgenommen werden, aber immerhin läge ein denartiger Schritt der Entente nach den Maßnahmen gegen die Deutschen Werke und gegen Krupp sehr wohl im Bereich des Wahrscheinlichen.

Zum Ueberflus werden — einseitigen von einflussreicher privater Seite — ähnliche Schritte gegen die deutsche chemische Industrie gefordert. Ein englischer Major, namens Victor Leshare, hat eine Broschüre „Das Rätsel am Rhein“ veröffentlicht. Er behauptet darin, daß Deutschland dank seiner chemischen Industrie imstande sei, einen Krieg mit völlig neuartigen Mitteln ganz im Stillen vorzubereiten. Da es selbst der gründlichsten Kontrolle nicht möglich sei, die geheime Fabrikation giftiger Gase zu überwachen oder zu verhindern, gäbe es nur ein Mittel, um die Entente gegen Gefahren dieser Art zu schützen, nämlich die Zerstörung eines großen Teiles der deutschen chemischen Industrie.

Denartige Behauptungen müssen Verurteilung in der deutschen Arbeiterklasse herbeiführen. Sie berufen außerdem in der deutschen Arbeiterklasse eine ablehnende demokratische Propaganda deutschnationalistischer Demagogen den Boden. Alles das kann zur Verschönerung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke, die von dem führenden Teil der deutschen Arbeiterklasse mit ganzem Herzen herbeigesehnt wird, nicht beitragen. Andere Genossen in Frankreich und in England sollten ernsthaft Sorge tragen, daß den maßgeblichen wie unmahngelichen, in jedem Falle aber völlig verblödeten Hezern gegen den Bestand der deutschen Industrie das Maul gestopft wird. Nicht diese Leute, sondern nur die deutschen Arbeiter allein sind imstande, geheime Kriegsvorbereitungen zu verhüten. Und sie sind auf der Wacht!

## Das Zentrum gegen Hermes

### Ablehnung einer Katastrophenspolitik

Vom 15. bis 17. November tagte in Berlin der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei. Nach dem Bericht der „Germania“ fand die Haltung der Zentrumspartei die vollste Billigung. Man erklärte sich insbesondere gegen jede Katastrophenspolitik und sprach in einer Rundgebung

„dem Reichsanwalt Dr. Wirth für seine von vaterländischem Opfergeist getragene Tatkraft Dank und Anerkennung aus“.

Auch mit der Ernährungsfrage beschäftigte man sich. Sie war, wie der Bericht sagt, Gegenstand einer „ersten Aussprache“. Das Ergebnis ist nach der „Germania“ die Erwartung

„daß die Reichsregierung die für die Volksgesundheit und für die innerpolitische Ruhe wichtigen Fragen trotz der unerbittlichen jüdischen Schwierigkeiten größte Beachtung widmet und fordert die Reichsregierung auf, sich nicht auf gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Kartoffelmangel zu drängen“.

Nachdem der Reichsernährungsminister Hermes im Reichstage gefällige Maßnahmen gegen den Kartoffelmangel abgelehnt hat, ist dieser Beschluß des Zentrums das Ergebnis der Tatsache, daß selbst in dieser Partei dem Veritasenmann der Agrarier größtes Mißtrauen entgegengebracht wird.

## Der Hungerstreik in Lichtenburg

Der Hungerstreik in Lichtenburg dauert weiter an. 130 Gefangene verweigern seit Sonnabend jede Nahrung. Anlaß zu dem Streik gab, wie uns berichtet wird, die Pressenotiz über den Beschluß des Reichsausschusses, wonach keine Amnestie erfolgen würde, und die häufig wachsende Verelendung der Familien der Inhaftierten. Die in den Sälen eingeschlossenen Hungernden sind teils völlig apathisch geworden, teils liegen sie im Fieber. Der Raumbürger Oberstaatsanwalt hatte am Donnerstag die Zwangsverhinderung der Gefangenen und Auseinanderlegung — auch mit Gewalt — angeordnet. Diese Maßnahme unterließ jedoch auf die Vorstellungen beim preussischen Justizministerium. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums, der gestern in Lichtenburg erwartet wurde ist nicht eingetroffen.

## Außergewöhnliche Steuermaßnahmen

### Drahmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 18. November.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags war ein Antrag von Bedeutung, der die Einführung der Reichssteuer betrifft. Der Abgeordnete Dr. Reinhold (Dem.) begründete ihn. Der Antrag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, die Steuererhebung unter Ausbietung aller Kräfte, unter Umständen durch Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, in kürzester Frist durchzuführen. Finanzminister Heldt erklärte, die Staatsregierung habe versucht, im Sinne des Antrags auf die Reichsregierung einzuwirken. Die Regierung sei durch die Umorganisation der Steuerbehörden und den Uebergang dieser Behörden an das Reich herangezogen worden. Es sei der Erwägung wert, ob die Länder und Gemeinden sich nicht selbst wieder Steuerverwaltungen schaffen. Das könne allerdings nur im äußersten Notfall in Betracht kommen, denn die Schaffung neuer Verwaltungen sei kostspielig. Jedenfalls werde die Regierung alles tun, um im Sinne des Antrags zu arbeiten. Der deutschvölkische Abgeordnete Blicher sang das hohe Lied von der Opferwilligkeit der Industriellen in bezug auf die Uebernahme der Eisenbahn. Von sozialistischer Seite

wurde entgegnet, daß man das große Opfer nicht wolle. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle Kreise, denen das demokratische Wirtschaftsprinzip am Herzen liegt, würden sich energig dagegen wenden, wenn die Industrie heute die finanzielle Not des Reiches dazu benützen würde, um die Reichseisenbahn in Privatwirtschaft zu übernehmen. Im übrigen erlobe man täglich, daß auf der rechten Seite Steuerabotage getrieben werde. Schließlich fand der Antrag einstimmige Annahme.

## Die bösen Sieben

### „Die Angst vor der Brotlosmachung“

Der kommunistische preussische Landtagsabgeordnete Kunze aus Remscheid hat an die Bezirksleitung seiner Partei ein Schreiben gerichtet, worin er die Gründe für den Parteiaustritt darlegt. Da die Gründe politischer Natur sind und allgemeines politisches Interesse haben, teilen wir das folgende darüber mit:

„Für mich ist das Vertrauen zur gegenwärtigen Zentrale vollständig zerstört worden. Wir bauen jetzt — wenn es uns gelingt — auf, um es im gegebenen Moment wieder zu stützen zu lassen. Also ich habe nicht die Auffassung, daß die gegenwärtige Politik weitergeführt wird. Man wird bald wieder in das entgegengesetzte Extrem verfallen. Wenn man dann nach einer Aktion wieder Kritik übt, wird man als Tramp und Verräter beschimpft, wie es Levi und andere ging. Ich bin es meinem Gewissen schuldig, rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen.“

Folgendes trug zu dem schwerwiegenden Schritt, den ich getan, bei:

Nicht weniger als sieben Kommunisten laufen wieder in Deutschland mit Aufträgen umher, von denen die Zentrale nichts weiß. In welchem Sinne arbeiten diese Genossen und was ist imstande, die Verantwortung für das zu übernehmen, was sich aus dieser Tätigkeit ergibt?

Bela Kun schrieb an den Genossen Thahelmer einen Brief, in dem die Bemerkung steht: Wir müssen mit den Wölfen hantieren solange, bis unsere Zeit kommt!

Gemisse Federl schreibt aus Moskau an die Zentrale und fordert sie auf, wieder die Initiative zu ergreifen, also das Gegenteil des Kadetschen Briefes, der zu einer Politik der Sammlung die Anleitung gibt. Der Brief wimmelt von Beschimpfungen der Gewerkschaftsleiter: Dampfen, Verräter usw. Eine Methode, die uns schon schweren Schaden zugefügt hat.

Unter Führung des „verdientvollen“ Genossen Maslow gehen die Berliner Genossen dazu über, die Beitragserhöhung für die Gewerkschaften abzuschneiden. Wie reist sich das mit dem Grundgedanken: Eroberung der Gewerkschaften zusammen? Glaubt man denn, die Beiträge nach der Eroberung beliebig erhöhen zu können? Wie wirkt das weiter auf die Gewerkschaftsarbeit in der Provinz? Der Tausch soll unter diesen Umständen den Gewerkschaftsführern entgegnet werden. Während man bis vor kurzem gegen die Rechte mit einer geradezu drakonischen Strenge vorgegangen ist, läßt man diese Saboteure von links ungehindert.

Endlich bin ich der Auffassung, daß wir alle Verantwortung haben, die 21 Bedingungen einer gründlichen Revision zu unterziehen. Die Annahme, daß der Kapitalismus eines schrecklichen Todes stirbt, scheint nach der Entwicklung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage immer unwahrscheinlicher zu werden. Wir müssen uns neben der kühnen Kampfbereitschaft auf längere Zeit einstellen. ...

Damit komme ich zum Schluß auf einen weiteren wunden Punkt zu sprechen. Es ist uns unmöglich, frei und offen eine Meinung zu sagen. Tut man es, so gerät man unfehlbar bei irgendwelcher Infektion in Ungnade. Die Angst vor der Brotlosmachung beherrscht viele unserer Parteigenossen. Ich bin früher gemocht worden, weil ich dem Unternehmer über die Meinung sagte. Jetzt als Angestellter der Arbeiterbewegung soll ich vor der Infektion lachen? Wenn ich nur als o. u. m. m. e. r. Dele ohne eigene Meinung in der Partei arbeiten soll, dann lasse ich es lieber vor, wieder in die „Pferde“ zu gehen.“

Die „Leipziger Volkszeitung“, der wir dieses Schreiben entnehmen, bemerkt dazu: „Die deutschen Arbeiter wissen also, woran sie sind, wenn jetzt wieder eine Aktion möglich ist. Die politische Erklärung der Kommunistenzentrale, daß sie mit der U.S.P.D. und der S.P.D. eine neue Aktion zur Errichtung einer sozialistischen Regierung unternehmen wollen, findet nun ihre dröhnende Erklärung in der Mitteilung, daß wieder sieben Turlastener Deutschland unsicher machen und die Arbeiterklasse für einen neuen Putsch zu gewinnen suchen. So leicht wie im vergangenen Frühjahr wird den Turlastenern ihr verdrehtliches Werk wohl nicht gelingen.“

## Arbeiter, Augen auf!

In Heidenau bei Dresden wollte vor einigen Tagen die Interalliierte Militärkommission eine Durchsuchung nach Waffen vornehmen. Sie wurde daran von der Direktion behindert, und auch die Arbeiter erklärten, eine Durchsuchung nicht zuzulassen. Inzwischen hat nun, und zwar, wie behauptet wird, auf Ersuchen der Arbeiter und der Direktion des Dresdener Polizeipräsidium die Durchsuchung vorgenommen. Die von der Interalliierten Kommission befehligte Mauer, hinter der die Waffen verborgen sein sollten, wurde durchstoßen, und es wurden tatsächlich in dem dahinter befindlichen Räume 100 Stück ansehnliche Mantelrevolver für leichte Feldhäuser aus Chromstahlfabrik gefunden. Die Direktion behauptet, es handele sich um ein Zwischenfabrikat, das von der Fabrik während des Krieges im Auftrage der Militärverwaltung hergestellt wurde. Der Vorgang beweist aber, mit welchen Mitteln die deutschen Militärlisten arbeiten, um hinterherum Waffen für einen neuen Krieg sicherzustellen. Denn nur zu diesem Zwecke sind die Geschützrohre verborgen worden. Wir können die Arbeiter angesichts dieser Tatsache nur immer wieder von neuem ermahnen, vorläufig zu sein und die Augen offen zu halten. Die geheimen Klüngen der Militärlisten müssen von der Arbeiterklasse selbst überwacht und, wenn notwendig, unterbunden werden.

## Neue Plünderungsversuche

W.P. meldet: Nachdem gestern mittag etwa fünfhundert Personen meist jugendlichen Alters die Trödelgeschäfte in der Kleinen Hamburger Straße und in der Lintenstrasse heimgeführt und dort für etwa 6000 Mark Kleidungsstücke geraubt hatten, wurden sie durch die herangezogene Schutzpolizei gefesselt. Gegen 2 Uhr nachmittags sammelten sich aufs neue in der Körberer Straße etwa fünfzig junge Burschen und versuchten, die Lebensmittelgeschäfte in dieser Straße zu plündern; die Polizei war aber so schnell zur Stelle, daß sie nicht zu ihrem Ziele kamen und so schnell wie möglich flüchten mußten. Sie liefen durch die Waldener und Bornholmer Straße davon.

Abends gegen 6 1/2 Uhr sammelten sich vor dem Lebensmittelgeschäft von Cassa in der Karlsruherstraße Ecke Bismarckstraße in Reußens etwa hundertfünfzig Personen an, die zum größeren Teil aus Frauen bestanden. Nach einigen erregten Szenen drang die Menge schließlich in das Geschäft ein und entwendete von den Vorräten insgesamt etwa anderthalb Zentner Butter und sieben Pakete Marmelade. Bei Entziffern der Polizei muß die Menge fluchtartig auseinander.



# Die Kollage der Invalidenrentner

## Die Erhöhungen der Renten beschlossen — Alle Verbesserungsanträge abgelehnt

### Deutscher Reichstag

Freitag, den 18. November 1921.

#### Kleine Anfragen

**Abg. Herz (U. S. P. D.):** Was gedenkt die Regierung gegen die gewaltige Steigerung der Margarinepreise zu tun? Regierungsrat Helmig: Die Steigerung der Margarinepreise wird vom Ministerium nachgeprüft. **Abg. Herz (U. S. P. D.):** Zur Ergänzung: Die Regierung behauptet, daß der schlechte Stand der Valuta ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung der Margarinepreise ausübe. Ist der Regierung bekannt, daß die Preise für pflanzliche und tierische Öle im Auslande um 30—40 Prozent zugenommen sind, so daß trotz des Sinkens der Valuta die jetzige gewaltige Steigerung der Margarinepreise sich mit dem schlechten Stand der Valuta nicht rechtfertigen läßt? — Eine Antwort auf diese Frage erfolgt nicht.

**Abg. Brodauf (Dem.):** Ist die Reichsregierung bereit, die Schriften von Adolf Köhler: „Konnten wir im Herbst 1918 weiter kämpfen?“, von Gothein: „Warum verloren wir den Krieg?“ und „Der Sieg war zum Greifen nahe“ den Schulen als Aufklärungschriften kostenlos zur Verfügung zu stellen?

Hiermit verbunden wird die Anfrage Schulz-Bromberg (Dtn.): Aus welchen Mitteln und mit welcher Summe ist die Beauftragung der Verbreitung der Tendenzschrift Adolf Köhlers erfolgt? Ein Regierungsvertreter antwortet: Die Regierung ist bemüht, die Vorbereitungen für einen vorurteilslosen Besichtigungsunterricht zu schaffen. Dem in der Anfrage Brodauf gewünschten kann sie jedoch nicht nachkommen. Zu der Anfrage Schulz gibt die Regierung keinen näheren Aufschluß. **Abg. Schulz-Bromberg (Dtn.):** Ist die Regierung bereit, gleich der Tendenzschrift des sozialdemokratischen Abgeordneten Köhler eine Tendenzschrift eines deutschnationalen Abgeordneten auf Reichslosen herzustellen zu lassen? Eine Antwort erfolgt nicht. (Hörsalisch nach rechts.)

**Abg. Fuchs (U. S. P.):** Will die Regierung dafür sorgen, daß die Spiritusproduktion den Abnahmeverhältnissen angepaßt wird und die Verordnung rückgängig gemacht wird, die im neuen Wirtschaftsjahre eine ungeheure Überproduktion von Spiritus gestattet? Ein Regierungsvertreter antwortet: Die neuerzeit eingeleitete Preiserhöhung für Mais wird bewirken, daß das jugendliche Brennrecht im neuen Jahre nicht eoll ausgenutzt werden wird.

**Abg. Pietsner (Komm.):** richtet mehrere Anfragen an die Regierung, die sich auf die

#### Durchbrechung des Achtstundentages

beziehen. Ein Regierungsvertreter antwortet, daß in all den von den Anträgen berührten Fällen eine Verletzung des Gesetzes über den Achtstundentag nicht vorliegt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft Westpostvereinsverträge und den strafrechtlichen Schutz von Kraftampelabdrücken. Der Gesetzentwurf wird nach der Begründung durch einen Regierungsvertreter in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Zum Gesetzentwurf betr. Nothstandsmahnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Invalidenrenten erhält das Wort

Reichsarbeitsminister Brauns: Die immer rascher fortschreitende Geldentwertung hat auch eine Erhöhung der Bezüge der Renteneempfänger notwendig gemacht. Dabei ist es durchaus angebracht, von der Erhöhung alle die auszuschließen, die durch vermögensmäßige günstige Vermögensverhältnisse nicht bedürftig sind. Ebenso ist es durchaus gerechtfertigt, Bezüge aus Vermögen usw. in Abrechnung zu bringen, wogegen es sehr wohl zulässig ist, das Nettobehaltseinkommen erst von einer gewissen Höhe an anzurechnen.

**Abg. Koch (Dnat.):** Wir bedauern, daß das Gesetz so spät eingebracht worden ist.

#### Abg. Karsten (USP.):

Die Regierung versucht, sich statt gründlichen Renaufbaues mit Ergänzungen zu helfen. Wir sind der Meinung, daß die soziale Fürsorge einen großen sozialen Zusammenhang aufweisen muß in einem auf allen Gebieten der Sozialversicherung zur Anwendung kommenden einheitlichen Gesetz. Die soziale Fürsorge hat nicht auf alle möglichen Fälle Anwendung zu finden, sondern nur in ganz besonderen Fällen Platz zu greifen, während der Sozialrentner durch

#### allgemeine Erhöhung der Renten

bessergestellt werden muß. Wir verlangen Zuschüsse für alle Rentner. Die Frage nach der Bedürftigkeit lehnen wir ab. Die bisherige französische Grundlage gewährte keine ausreichende Hilfe. Auf dem letzten Vertretertag der Landesversicherungsanstalten wurde auch bereits verlangt, das Umlagerverfahren einzuführen. In der sozialen Fürsorge müssen die Rentner selbst ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, vielleich ähnlich wie man sie in der Fürsorge für Kriegsbeschädigte getroffen hat. In das vorliegende Nothgesetz hat man in höchst unzulässiger Weise eine Reihe Maßnahmen hineingewängt, die nur zum

#### Nachteil der Versicherten

ausgeschlagen können. Nehliches ist auch in der Unfallversicherung unternommen worden. Auch in der Unfallversicherung ist schon der Standpunkt vertreten worden, Unterstützung nur in Fällen der Bedürftigkeit zu gewähren. Von dieser Auffassung ist man später allerdings abgegangen.

Der Regierungsentwurf bestimmt, daß die Bedürftigkeit aufhört, wenn der Invalide 2100 M. verdient. (Hört! Hört!) Der Ausschuß hat die Bedürftigkeit in der Invalidenversicherung von einem Einkommen nicht über 3000 M. abhängig gemacht. Das ist eine Besserung, die bei weitem nicht das Notwendige bringt.

Stets und ständig wird behauptet, auch wegen des Friedensvertrages dürfe Deutschland

#### keine größeren Aufwendungen

für die Sozialversicherung machen. Die Deutschnationalen haben sich sogar zu der Forderung verpflichtet, die Innehaltung des Friedensvertrages, den sie sonst aus heftigster Befürchtung, müsse in diesen Fällen gesichert werden. Sie wollen den Friedensvertrag respektieren, wo er ihren Geldbeutel schon und ihn sabotieren und befehligen, wo er an ihren Geldbeutel herangeht. (Sehr richtig! Antz.) Die Realisierungen in der Invalidenversicherung sind gewaltig erniedrigt. Als festgestellt werden sollte, was das nun uns beantragte hinausgehen über den Regierungsentwurf für Ausgaben machen würde, erklärte ein Regierungsvertreter, es würden 1984 Millionen Mark erforderlich sein. Das sagt er wider besseres Wissen. (Sehr gut!) Die Arbeitersekretäre in den bürgerlichen Parteien wollten den Invaliden nicht einmal das bewilligen, was die Unternehmervertreter im Reichswirtschaftsrat zugestanden hatten. (Hört! Hört!) Wir brauchen notwendig eine

#### gründliche Umgestaltung der sozialen Gesetzgebung.

eine Umgestaltung, die nicht den Hunger verzögert. Die Zahl der Invaliden geht nach den statistischen Ausweisen trotz des Krieges zurück, obwohl der Krieg Hunderttausende von Invaliden gebracht hat. Wir verlangen, daß die Renten entsprechend unserem Antrag erhöht werden. Wir bitten Sie im weiteren, unserem Antrag zuzustimmen, in dem verlangt wird, daß die Renten vierjährlich erneuert, entsprechend der Geldentwertung, festgelegt werden. Wir verlangen weiter, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, in dem in Anlehnung an die Kriegsbeschädigtenfürsorge

auch den Arbeitsinvaliden das gleiche Recht zugestanden wird, nach dem sie mit Beschließen und Mitteln können über Dinge, die sie so sehr angehen.

Die Stimmung in den Kreisen der Arbeitsinvaliden ist verzweifelt. Ein Beispiel: Als im Juli alle unsere Anträge auf Verbesserung hier im Reichstag abgelehnt wurden, schrieb mir ein Arbeitsinvalid aus Dresden: „Das Zentrum denkt, Not leidet.“

#### Wir aber werden am so lauter klagen.“

Wollen Sie diese Verzweiflungstimmung durch Ihre Hartnäckigkeit noch weiter treiben? Der vorliegende Gesetzentwurf nützt den Arbeitsinvaliden gar nichts. Sie bekommen jetzt schon mehr Armenunterstützung, als hier im Minimum festgelegt wird. Wenn Sie wirklich soziales Verständnis an den Tag legen und Ihr gutes Herz zeigen wollen, haben Sie die Pflicht, anders zu helfen als durch Entlastung der Armenfürsorge. Sie aber sind an der Not und dem Elend der Arbeitsinvaliden mit schuld. Sie sind auch mit schuld daran, daß neben dem Hungersterben so viele Arbeitsinvaliden frühzeitig den

#### Tod durch Selbstmord

suchen. Nehmen Sie unsere Anträge an, dann schieben Sie wenigstens der aller schlimmsten Not einen Keil vor. (Lebhaftes Bravo bei den U. S.)

**Abg. Andree (Zit.):** Wir sind zu arm, um den Invaliden neben ihren Altersrenten und Zuschüssen und Nebenbezügen ohne Bedürftigkeit eine große Rente geben zu können.

**Abg. Erlesner (Dem.):** Ich kann mich den Ausführungen, die mein Vordredner über das Bedürftigkeitsprinzip hier vorbrachte, nur anschließen. Die Anträge der Unabhängigen kosten etwa 12 Milliarden Mark, die der Kommunisten etwa 18 Milliarden Mark. Wir werden trotz einer Anzahl Vorbehalte dem Gesetz zustimmen.

**Abg. Barch (Komm.):** Das Gesetz ist ein Hohn auf die Not der Sozialrentner. Wir verlangen neben der Erhöhung der Bezüge der Rentner daß die gesamten Kosten auf das Reich übernommen werden. Als Sie die

#### Fürsorge der Offiziere

gesetzgeberisch regeln, ist Ihnen kein Bedenken gekommen, jede Frage nach den sonstigen Einkünften der zu unterstützenden Offiziere abzuweisen. Jetzt bei den Rentnern zeigen Ihnen Bedenken in Hülle und Fülle auf.

**Abg. Meier (S. P. D.):** Wir können den Anträgen der Kommunisten und Unabhängigen nicht zustimmen.

**Abg. Thiel (D. Sp.):** wendet sich gegen die Anträge der Unabhängigen und Kommunisten. Wer, wie der Abgeordnete Barch behauptet, sich nicht darüber wundern, wenn schließlich die Reichswehr gegen die durch Hege ausgebrachten Vorsetzt.

**Abg. Marie Waldmih (Komm.):** Der Gesetzentwurf der Regierung muß eine ungläubliche Unzufriedenheit unter den Rentnern hervorrufen. Wir geben dem Gesetzentwurf aus zwingender Notwendigkeit unsere Zustimmung.

Reichsarbeitsminister Brauns: Von dem Augenblick an, wo die Fürsorge öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, besteht die Verpflichtung die Bedürftigkeit festzustellen. Auch vor dem Kriege waren die Renten kein Gehalt für Lohn, sondern nur Beihilfen. Das Reich kann mehr als 80 Prozent der Kosten nicht übernehmen.

Nach persönlichen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung über § 1. Die Änderungsanträge werden abgelehnt.

Zu § 2 bemerkt **Abg. Karsten (U. S. P.):** Wir haben beantragt, die Renten für Witwen und Waisen zu erhöhen. Wir verlangen, nachdem die Bedürftigkeitsklausel angenommen ist, daß die Grenzen heraufgehoben werden von 3000 M. auf 4500 M. resp. 2100 auf 3000 M. und 1200 auf 1800 M. Die Invaliden würden dann pro Monat 300 M. beziehen. Rechnen wir noch die Waisenunterstützung hinzu, so haben wir mit einer Gesamterhöhung von 5 Milliarden zu rechnen. — Die Änderungsanträge der Unabhängigen und Kommunisten werden abgelehnt, zum Teil mit den Stimmen der Reichssozialisten. Angenommen wird ein Antrag, die Unterstützungssätze für das vierte und jedes weitere Kind auf 600 M. zu erhöhen.

Zu § 3 führt **Abg. Karsten (U. S. P.):** aus: Wir beantragen, daß für die Prüfung der Fälle der Bedürftigkeit ein Ausschuß eingesetzt wird, der sich zusammensetzt aus Vertretern der Arbeitsinvaliden und der Versicherten.

Ministerialdirektor Pieper: Die Regierung hat im Ausschuß bereits erklärt, daß in allen Streitfällen Vertreter der Invaliden hinzugezogen werden sollen.

**Abg. Barch (Komm.):** Wir verlangen, daß den Renteneempfängern in allen Fällen die Möglichkeit gegeben wird, mitzuwirken.

Die Änderungsanträge werden abgelehnt. Es folgt die dritte Beratung. Das Gesetz wird nach Ablehnung aller Änderungsanträge in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Anträge, Vorlagen zur Erwerbslosenfürsorge und Wohnungsfrage, Kommunistische Interpellation über Verbot des Bandens russischer Schiffe, Interpellation über die Zustände in der Pfalz.

### Preussischer Landtag

Freitag, den 18. November

#### Eine verspätete Kartoffeldebate

Nach Erledigung einer ganzen Reihe kleiner Anfragen tritt das Haus in die Weiterberatung der zur Behebung der Kartoffelnot gestellten großen Anfrage und Anträge ein.

**Abg. Limberg (Soz.):** Es sind die Preise der Bekleidenden und nicht die der arbeitenden Bevölkerung, die die Not des Volkes täglich vergrößern. Es fehlt der gute Wille im Bürgertum, zu helfen. Wenn sich als Folge des Wuchers in der Bevölkerung Explosionen ereignen, so geben Sie nicht uns die Schuld. Wir haben oft genug gewarnt. (Beifall.)

**Abg. Geronowski (Zit.):** Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Der deutschnationale **Abg. Schlange** hat gestern hier einen Schlangentanz aufgeführt. Wir wollen Frieden haben mit allen Parteien, aber Angriffe, wie sie in der letzten Zeit gegen die Zentrumspartei und insbesondere gegen den Reichsanwalt Dr. Wirth von den Deutschnationalen unternommen worden sind, haben wir satt. Wucher bleibt Wucher.

**Abg. Krawoner (U. S. P.):** Gegenüber den deutschnationalen Wuchern müssen Zwangsmittel angewendet werden. Herr v. D. Oken hat andrücklich darauf aufmerksam gemacht, die Kartoffeln zurückzuhalten, damit die Landwirtschaft leichter Steuern hinterlegen kann. Durch Aufhebung der Zwangswirtschaft ist der Wucher ins Unendliche gestiegen. Ausnahmefälle sind es, wenn Landwirte zu angemessenen Preisen verkaufen. Die Deutschnationalen haben keine Ursache, von ihrem Standpunkt aus an der Behebung der Kollage des Volkes zu arbeiten. Sie sind die Schuldigen am Wucher und am ganzen Elend. (Beifall bei den U. S. P.)

Es sprachen weiter die **Abg. Hess (D. Sp.), Kiedel (Dem.), Jakob (Zit.), Schlange (Dnat.)** und **Schulz (Komm.)**.

In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge, die den Verkauf von Saatkartoffeln erst ab Februar zulassen wollen und die Abfederungszwang und Preisfestsetzung für Kartoffeln verlangen, abgelehnt. Angenommen wird von der bürgerlichen Mehrheit der Antrag des Zentrums, der billigeren Frachten für Kartoffeln verlangt, ferner ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Aufklärung der Bevölkerung zur Ver-

meidung von Angriffen, Vorgehen gegen Wucherer fordert, sowie ein Antrag der Deutschnationalen, der zur Behebung der Kartoffelnot u. a. erhöhte Arbeitszeit, also eine Durchbrechung des Achtstundentages, vorschlägt.

Es folgt die Beratung des Haushalts der Geflügelverwaltung. Nach dem Berichterstatter nimmt das Wort der neue

Landwirtschaftsminister **Dr. Wendorf:** Strenge Sachlichkeit wird der Leistung meines Handelns sein. Davon wird mich auch nicht abhalten das Vertrauen, das mir von gewisser Seite bereits auf Vorbehalt ausgesprochen wurde. Der Minister geht in seinen weitesten Ausführungen auf den vorliegenden Etat ein und bespricht die technischen Einzelheiten und die geforderten Zuschlagsträge.

In der Debatte sprechen **Peters (Soz.), von Papen (Zit.)** und **von Mehse (Dnat.)**.

Darauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Geflügelrat, Landwirtschaftsetat.

### 161,6 Milliarden Defizit

#### Der Voranschlag für den Haushaltsplan 1922

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner Sitzung von Freitag mit dem dritten Nachtragsetat für 1921. Der Berichterstatter Ministerialdirektor **Sachs** führte aus:

Der Nachtragsetat enthält zum erstenmal einen Beitrag für die auf Grund der Annahme des Minimalums im Rechnungsjahr 1921 zu leistenden Reparationszahlungen. Diese erfordern nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen 17,1 Milliarden, also zusammen 112,2 Milliarden Mark. Bei einem weiteren Sinken der Mark ist sogar mit einer Erhöhung dieser Summen zu rechnen. Die Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden zeigen um 6,5 Milliarden Mark. Die Mehrausgaben durch die Besetzungserhöhungen sind für ein ganzes Jahr auf mindestens 12,2 Milliarden zu beziffern. Im Nachtragsetat erscheinen sie nur für ein halbes Jahr. Im einzelnen sollen im Etat des Reichspräsidenten die Bezüge des Präsidenten um 450 000 M. erhöht werden. Im Etat des Finanzministeriums soll eine besondere Abteilung für Buch- und Betriebsführung eingerichtet werden.

6000 Millionen Mark sind im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung vorgesehen zur Entschädigung der Gemeinden für die Ausfälle an Einnahmen durch die Entziehung des Besteuerungsrechts der Mindesteinkommen. Der Reichszuschuß für die Post und für die Reichseisenbahnen macht gegen 20 Milliarden aus. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages enthält außer den schon erwähnten Reparationsausgaben an laufenden Belastungen noch 5,8 Milliarden Mark. In Ausgaben für die internationalen Kommissionen sind 1,2 Milliarden vorgesehen. Alles in allem gerechnet ergibt sich für 1921 ein Defizitbetrag von 161,6 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im nächsten Etat für 1922 die Reparationslast in vollem Maße erscheinen wird. Wir würden dann mit einer Jahresausgabe für die Reparationen von 24,2 Milliarden zu rechnen haben, für ein einziges Jahr also soviel als die gesamte französische Kriegentschädigung nach dem Kriege von 1870/71 betrug. Dazu kommen dann noch die auf Grund des Wiesbadener Abkommens zu übernehmenden Leistungen.

In die Berichterstattung über den Etat knüpfte der Referent die Aufforderung zur unanschuldigen Sparsamkeit. Diese Forderung wurde in der Debatte unterstrichen. Der Reichsminister **Dr. Hermes** erklärte, daß auch die Regierung von der Kommodität der Sparsamkeit und der Vereinfachung der Verwaltung durchdrungen sei. Die Geldentwertung bereite aber in dieser Beziehung Schwierigkeiten. Die Verkehrsverwaltungen erforderten beizus an der Ermöglichung weitgehender Ersparnisse, sowie der Vereinfachung der Verfahren durch Tarifserhöhungen. Notwendig seien aber Ersparnisse bei den Reichszuschüssen, sie seien im Uebergangsstadium notwendig gewesen, man könne jetzt aber einen weiteren Abbau ins Auge fassen.

### Die Unruhen in Budapest

Budapest war in den letzten Tagen der Schauplatz einer Unruhen und auch zur Stunde ist die Gefahr eines neuen blutigen Bürgerkrieges nicht beseitigt. Die Junker unterdrückte bisher alle Nachrichten über die jüngsten Vorgänge, so daß sich erst jetzt die Situation übersehen läßt. Die Unruhen haben sich folgendermaßen abgespielt:

Ende vergangener Woche strömten die aus Bestrafungen zurückkehrenden Banden unter Führung des berüchtigten **Hejjas** nach der Hauptstadt, wo sich ihre Anwesenheit bald in Form lärmender Kundgebungen und nächstlicher Exzesse bemerkbar machte. Hejjas selbst nahm im Hotel Gellert in Ofen Quartier, wo er einflusslos alle Gäste hinauswarf und für sich und seine Offiziere 40 Zimmer reservierte. Der Terror der Hejjas-Banden, die unter der Parole: Es lebe Horthy! die Hauptstadt unsicher machen, führte zu einer Gegenaktion der allmählich wieder erstarkenden Legitimisten. Das Hauptbestreben dieser Krafte geht jetzt in erster Linie dahin, den Reichsverweser zu beseitigen, da sich während und nach dem Karl-Rückzug herausgestellt hat, daß Horthy unter keinen Umständen auf seine Nachstellung verzichten will. Die Legitimistenführer **Beniczky** und **Szilagyi** versuchten nun, aus einigen farblich gestimmten Teilen der aufgelösten Brigade Ostendburg eine Streitmacht aufzustellen, um Horthy zu stürzen und nach Beseitigung der noch in Ofen befindlichen **Pollak** Graf **Andrassy** und **Grah** ein neues Kabinett unter Hingführung liberaler Elemente zu bilden.

In dieser gefährlichen Situation erfolgte der Rücktritt **Bethlens**. Die Legitimisten verschoben darauf ihre Aktion, da sie nunmehr hoffen, auf friedlichem Wege in die Regierung gelangen zu können. Gleichzeitig verstärkte sich aber der Terror der Hejjas-Banden, und das Geschick weiterführende Kabinett sah sich genötigt, einzuschreiten. Das Hotel Gellert wurde umzingelt und die Insassen nach kurzem Feuerkampf verhaftet. Als am anderen Tage der Reichsverweser erfuhr, daß sich unter den Verhafteten Hejjas selbst befände, verfügte er über den Kopf Bethlens hinweg eigenmächtig die sofortige Freilassung seiner „bösen Offiziers“.

Die gegenwärtige Situation ist so verworren wie nur möglich. Bethlen, der gern ein neues Kabinett unter seiner eigenen Führung bilden möchte, ist gegen Horthy; die Legitimisten sind gegen Horthy und gegen Bethlen; die kleinen Landwirte sind für Horthy und gegen die Legitimisten. Ein Ausweg aus dieser Krise scheint allen ernsthaften Politikern nur durch eine Aenderung des politischen Kurzes möglich, und es wehren sich die Stimmen, die für ein entscheidendes Brüllen vom obersten Entem und ein aus liberalen Kreisen bestehendes neues Kabinett eintreten. Es sollen in diesem Sinne sogar Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei eingeleitet sein und man erwähnt als bormerksamer, daß der gemäßigtere sozialdemokratische Führer **Feibl**, der seit 2 Jahren als Emigrant in Wien lebte, am Montag plötzlich in Budapest eingetroffen ist.

Die Zeitungsverbote. Der für Zeitungsverbote zuständige Bescheidenausschuß des Reichsrats hat in seiner Sitzung vom 17. November die Beschlüsse der „Völkischen Rundschau“ in Frankfurt a. M. wegen Verbots durch den Reichspräsidenten verworfen.

Der Streik in Mannheim beigelegt. Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma **Benz u. Co.** erfolgt am Sonnabend, den 19. November, nachdem der Schiedsspruch des Ausschusses von beiden Seiten angenommen worden ist. Damit ist der drohende allgemeine Ausstand der **Metallarbeiter** in Mannheim vermieden worden.

Großfeuer in einem Regelwerk. Donnerstag nacht sind die Fabrikanlagen der **Frühlingwerke** Blatter und Krahner in Konstanz durch Großfeuer nahezu zerstört worden. Ingesamt sind 10 Hauptgebäude niedergebrannt; nur wenige Nebengebäude stehen noch. Der Schaden geht in die Millionen.



# Gewerkschaftliches

## Ein vorbildlicher Gewerberat

Wertwürdige Methoden bei der Ausübung seines Amtes scheint der Gewerberat Bauer von Groß-Schierfeld-West, Kgl. Mannstr. 3, zu praktizieren. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma Fritz Werner & Co., Berlin-Mariensfeld, Hermann Berger, hat an den Gewerberat folgende Beschwerden gerichtet:

1. Beschwerde am 19. 10. d. Js. wegen Nichtbezahlung notwendiger Zeiterläumnis entsprechend dem § 35 des Betriebsratsgesetzes (B. R. G.).

2. Beschwerde vom 19. 10. d. Js.: a) Die Firma hat es unterlassen, bei Inventurarbeiten (1. 10. und 2. 10.) diejenige Vorkehrung für erste Hilfe für Verletzte zu treffen, wie diese allgemein im Betrieb üblich ist und den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. b) Die Firma hat Ueberstunden arbeiten lassen, ohne diese mit der Arbeitervertretung vereinbart zu haben.

Zur Erledigung dieser Fälle hat Herr Bauer am 10. d. Mts. die Firma aufgefordert, ohne die Vertretung der Arbeiterchaft vorher zu verständigen. Nachdem dieser Herr ebenfalls mit der Firma konferiert hatte, ließ er gnädigst den Beschwerdeführer herbeiführen. Herr Bauer erklärte in Gegenwart der Firma, daß letztere in der Unfallversicherung schon — zuviel tue, wozu sie angeblich gesetzlich nicht verpflichtet wäre. Herr Bauer weist auf nicht zu wissen, daß ein Betriebsobmann zuweisen muß außerhalb des Betriebes zu tun hat. Unter Gewährsmann macht den Gewerberat in der einen strittigen Sache auf den § 78 M. 2 des B. R. G. aufmerksam und stellt an ihn folgende Frage:

„Was es mangelnde Sachkenntnis, Herr Gewerberat, als Sie sagten, daß bei etwa 100 Arbeitern und 50 Angestellten, die bei der Inventuraufnahme tätig waren (von denen etwa 40 im Lehrverhältnis stehen und das 16. Lebensjahr noch nicht überschritten haben) keine Unfallgefahr besteht, wo Sie ausdrücklich vom Vertreter des Beschwerdeführers darauf aufmerksam gemacht wurden, daß durch das Fehlen der in Regalen aufbewahrten Maschinenteile diese leicht herunterfallen und den Untertastenden verletzen können?“

Unter Einwirkung erklärt zum Schluß, daß er an die Objektivität der Behörde, die in diesem Falle durch Herrn Bauer repräsentiert wird, zweifelt, ein Umstand, der verständlich ist.

Auch uns scheint, als wenn die Amistätigkeit des Gewerberats Bauer manches zu wünschen übrig läßt, und wir hoffen, daß diese Jellen dazu beitragen, von der bisherigen Praxis — siehe oben — abzukommen, um wesentlich anders zu antizipieren.

## Scharfmacherakt im Holzhandel

Die im Monat September eingeleiteten Tarifverhandlungen sind trotz aller Bemühungen der Organisation bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Arbeitgeberverband der Berliner Holzhandlung verfolgt hier dieselbe Taktik wie die Unternehmer in anderen Branchen, z. B. im Gastwirtsgerwebe. Obwohl selbst die Arbeitgeberzeitung des Holzhandels, „Der Holzmarkt“, zugeben muß, daß die Forderung der Angestellten in Anbetracht der riesigen Geldentwertung berechtigt ist, glauben noch in der kürzlich stattgefundenen Verhandlung beim Demobilisationskommissionar die Arbeitgebervertreter uns mit ihrem alten Angebot „Erhöhung der bisherigen Sätze um 20 Prozent“ abweisen zu können. Ganz besonders ist das prozentatorische Verhalten des Wortführers der Arbeitgeber — des Herrn Treitel — hervorzuheben. Dieser Herr wagt zu erklären, daß die Arbeitgeber an dem Abschluß eines Tarifvertrages nicht das geringste Interesse haben. Die Organisation hat aus diesen Worten die Konsequenzen gezogen und in denjenigen Firmen, die unsere Forderungen nicht anerkannt haben, durch andere Maßnahmen die Anerkennung erwirkt. — So waren die Angestellten der Firma David

Kranke Söhne gezwungen, den Streik zu beschließen. In letzter Stunde hat aber Kommerzienrat Franke sich zu Verhandlungen mit den Organisationen bereit erklärt und mit diesen einen Vertrag abgeschlossen, welcher zum Teil nünftigere Bedingungen enthält als der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Ein Teil der Firmen hat freiwillig den Schiedspruch anerkannt, wir glauben aber, daß mehrere Firmen noch nicht nach dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zahlen, und bitten deshalb die Funktionäre, uns alle diese Firmen namhaft zu machen, damit auch dort die Anerkennung des Schiedspruchs veranlaßt werden kann. Denn nur auf diesem Wege ist der Abschluß der Verhandlungen möglich, zumal zu dem letzten Termin vor dem Demobilisationskommissionar der Arbeitgeberverband eine Vertretung überhaupt nicht entsandt hat.

## Forderungen der Siemens-Belegschaft

Der Gesamtbelegschaft (G. B. K.) der Groß-Berliner Werke des Siemens-Konzerns, der ca. 30 000 Arbeiter und 15 000 Angestellte vertritt, beschloß sich in seiner Sitzung vom 18. d. Mts. mit der durch die Teuerung geschaffenen wirtschaftlichen Notlage und erklärte, daß die jetzt freiwillig gewährten Zulagen der Teuerung nicht entsprechen. Die abgeschlossenen Tarifverträge, die bis Jahresfrist laufen, sind unhaltbar geworden, und die Gewerkschaften werden aufgefordert, auf eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter hinzuwirken. Weiter wird von der Regierung verlangt, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um stabile Verhältnisse herbeizuführen.

Der G. B. K. sieht deshalb in den am 15. d. M. vom A. D. G. B. und dem KfV-Bund aufgestellten Mindestforderungen ein geeignetes Mittel zur Beseitigung unserer wirtschaftlichen Lage. Ingedenwelle sachlichen Hindernisse, diese Forderungen sofort zu verwirklichen, bestehen nicht. Der G. B. K. stellt daher an die Regierung das dringende Ersuchen, diese geeigneten und schon oft aufgestellten Mindestforderungen endlich zu erfüllen.

## Preis- und Lohnerhöhung im Friseurgewerbe

Die letzte Konferenz der Funktionäre des Friseurgehilfenverbandes von Groß-Berlin beschloß sich mit der zunehmenden Teuerung aller Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens und mit der beabsichtigten Preiserhöhung der Arbeitgeber (bis zu 50 Prozent) in Groß-Berlin.

Die Friseurgehilfen, welche als schlecht bezahlte Berufsgruppe dastehen, sehen sich durch das wahnwitzige Aufschneiden der Lebensmittelpreise veranlaßt, eine Teuerungszulage von 50 Prozent auf alle Löhne zu fordern.

Der Lohn, welcher jetzt 200 M. im ab 20. Oktober beträgt, soll also um 50 Prozent erhöht werden. Dies ist ein beachtliches Verlangen und die Friseurgehilfenchaft hofft, daß die Arbeitgeber Verständnis für die so nowendige Forderung haben werden. Da die Arbeitgeber gleichfalls aus der Not heraus erklären, gezwungen zu sein, ihre Preise zu erhöhen, so wird die Forderung der Gehilfenchaft auf Erfüllung rechnen können. Die beiderseitigen Verhandlungskommissionen stehen schon in Verbindung, und wollen diese in ihrer Arbeit nicht überholt werden, so muß mit einem baldigen Abschluß der Verhandlungen gerechnet werden.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel. Die Verhandlungen über die neuen Lohnsätze für November und Dezember haben am Donnerstag, den 17. November 1921 mit den Arbeitgebern stattgefunden. Das Resultat dieser Verhandlungen wird am Dienstag, den 22. d. M., den Mitgliedern in der Brandenburger-Sammlung, welche in der Unions-Brauerei, Hafendeide 22/23 abends 7 1/2 Uhr, stattfindet, bekanntgegeben werden. Der mit der Einzelhandelsgehilfenchaft vereinbarte Lohnzettel ab 1. September 1921 ist auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. November 1921 für die Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Alle Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die im Einzelhandel tätig sind, haben somit einen rechtlichen Anspruch auf Zahlung der Löhne ab 1. September 1921. Alle dies-

bezüglichen Anträgen sind an den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelauer 24/25 II, Zimmer 33, zu Händen des Kollegen Vollmeier, zu richten.

Der Streik in der Reichsversicherungskasse beendet. Die Angestellten und Beamten haben heute früh auf Grund eines Beschlusses Dr. Trauns die Arbeit wieder aufgenommen. Lebenslänglich angestellte Beamte haben danach bei Eintritt von Gruppe VII nach VIII oder in höhere Gruppen eine Prüfung abzugeben. Auch diejenigen Beamten, die sich bereits in höheren Gruppen befinden, müssen nachträglich sich einer solchen Prüfung unterziehen. Eine Bezahlung der Streiftage erfolgt jedoch nur unter der Bedingung, daß die Beamten die inzwischen zurückgebliebene Arbeit aufholen.

Die Versammlung der KfV-Funktionäre der Berliner Gas-, Elektrizitätswerke und Höfen, die am Freitag letzte, verließ resultatlos, da eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschluß wegen Fühlens der Magistratsbelegschaft nicht stattfindend konnte. Eine neue Versammlung am Dienstag wird zu dem Verhandlungsergebnis der Schlichtungsausschlußverhandlung am Montag Stellung nehmen. Neue Kompensationen sind nicht ausgeschlossen.

Rüstenmacher. Der von den R. A. V. D. Pruten herausgebrachte Konflikt zwischen der Branche der Rüstenmacher und dem Verband der Holzarbeiter, der von jenen politischen Konfessionsräten dazu benutzt wurde, um den Austritt aus dem Verband zu erklären, veranlaßt den Holzarbeiter-Verband, Ortsgruppe Berlin, die Rüstenmacher aufzufordern, die werterhin Mitglied bleiben wollen, sich unverzüglich im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, Rungelstr. 39, Tür 5, zu melden. — Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Forderungen auf Teuerungszulagen. Eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma R. Frick & Co. beschloß, stellte die Forderung einer sofortigen Teuerungszulage von 2000 Mark auf. Der A. D. G. B. wurde ferner aufgefordert, der Teuerungszulage entgegenzuarbeiten, um die Erfindungsmöglichkeit der Arbeiterschaft zu gewährleisten.

## Parteiveranstaltungen

Reinholdsdorf-West. Den Muszeln zur Funktionärzeitung des D. Reichs er halten die Gesellen an der Tür des Konfessionsrats vom Gen. Sekretär. Die Sitzung findet im Feldhaus der 1. Gemeindefabrik in Reinholdsdorf am 9. 11. Uhr statt.

### Sonntag, 19. November

15. Verwaltungsrat (Tempelhof, Mariensfeld, Mariensfeld, Lichterfelde). Die Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder ist am 19. 11. 1921 im Hofhaus Mariensfeld, Leubers abends 7 Uhr im Festsaal des Hofhauses, Mariensfeld, Rathaus-Brücke, Zimmer 10, statt.

8. Bezirk. Die Bezirksleiter müssen die Mitglieds für Provinzialen, Reichs- und Kommunalen bis heute abend bei Parteien abgeben. 19. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungs-, Frauen- und Kinderjugendkommission bei Reichl, Guelkenstr. 17.

### Sonntag, 20. November

11. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 1/2 Uhr Bezirksleiter im Lokal von Frau Köhling, Brunnenstr. 75. Die Bezirksleiter treffen sich um 8 Uhr. Tagesordnung: Bericht am Parteitag (Ref. Reiner); Wahl von 2 Delegierten; Bezirks- und Teilungsangelegenheiten.

Sitzungskommission des 8. und 9. Bezirks. Heute, 7. 11., in der Aula des Schiller-Gymnasiums, West, Ecke Schillerstr., Kommissionsabend unter Mitwirkung hervorragender Künstler. Eintrittspreis 2,50 M. Der Abend wird zur Weiterbildung von Kindern arbeitsloser Gesellen in den beiden Bezirken veranstaltet.

## Bereinskalender

### Sonntag, 20. November

Freiwillige Gesetze. Vorm. 11 Uhr im Hofhaus, Rungelstr., Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: Das Wesen des Christentums. Harmonium; Trauersmusik (Beethoven). Nachm. 4 Uhr im Saal Vorpark-Ries 15 Vortrag des Herrn G. Hoffmann: Wähl du die Guten, mußt du dich den Bösen widmen. Gesänge willkommen.

Verantwortlich für Text und Druck: Leo Zichlitz, Berlin-Tiergarten, für Komposition, Layout und Generalverwaltung: G. R. B. & Co., Berlin; für den Internatentel und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommerzier, Charlottenburg — Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin S. 2, Breite Straße 8/9

**Theater u. Vergnügungen**

**Volkstheater**  
König Lear  
Neues Volkstheater  
Süppender Herr, etc.  
7 1/2 Uhr  
Passion  
Staatstheater  
Opernhaus  
Zum 1. Male  
7 1/2 Uhr: Das Christ-Offen  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Mies  
Herr: Max Reinhardt  
Deutsches Theater  
7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand  
Bring von Venedig  
Kammertheater  
H. H. Der Schürkel  
Frohes Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Die Weber  
Theater 1. B.  
Königsgräber Str.:  
Täglich 7.30 Uhr:  
Mancu Locaut  
Drahe, Janssen, Hermann  
Sonntag: Midalla  
H. H.: Manon Locaut  
Komödienhaus:  
7.30 Uhr  
Die Fahrt  
ins Blaue  
Hilfner, Richard, Engl,  
Winkel, Eitche  
Berliner Theater:  
Abends 7.30 Uhr:  
Prinzessin  
Olala  
Fritz Hartmann & Co.  
Friedrichstraße 100  
Paul Lincke  
FRAU LUNA  
Kassationsoperette  
Circus  
Busch  
Am morgigen  
Totensaal  
sur 1. Vorstellung: 7 1/2 U.  
mit ersten Orchester-  
musik Spitzkoppe und  
dem neuen, tollsten  
Kampan-Schauspiel  
Die Schlange  
der Burge  
m. Paula Busch pers.  
Dank. West.  
u. Circushalle

**Nasenröte, Semmersprossen**  
Pickel, Haut-  
unreinig-  
keiten, Ge-  
sichtsröte

usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch  
eichte Valer-Philipp-Schälkur, danach kommt anmutige Junge, zarte Haut  
zum Vorschein, 4 1/2 M. v. Laboratorium Dresden-Zeitzschwitz 147, in der  
Elefantien-Apothek, Leipziger Str., u. Orgerien Bastianstr. 2, Fehmann-  
straße 3, Reindickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 4.

**Garderobe**  
auf bequemste  
Teilzahlung

bei billigerster Probierrechnung

**HERREN-DAMEN-  
Anzüge, Cutaways, Paletots, Kostüme  
Palotots, Ullster Röcke, Kleider  
REGENMANTEL  
BURSCHEN-ANZUG**

Gute Ware! Große Auswahl!  
**M. Beiser, Lothringerstr. 67.**

**Geld spart**

wer Stoff verwendet.  
Er ist gut, billig und beständig!

1 H-Druck (Stoff von 1 Pfund) nur 25 Pf.  
1 Tablette — 144 Drück für eine  
Tasse Kaffee, Tee, etc.  
Schokolade mit 200, 200 u. 500 Tablette  
M. 1.40 2.60 6.—

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen  
und Apotheken.

**Ortskrankenkasse der Mechaniker, Oeliker  
und verwandten Gewerbe zu Berlin**

In der am Dienstag, den 20. November 1921,  
abends 8 Uhr, im Kasentokal, Köpenicker Str. 11,  
stattfindenden

**ordentlichen Ausschuß-Sitzung**

wirden hiermit die Herren Vertreter der Arbeit-  
geber und Arbeitnehmer eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rech-  
nung für 1921.
2. Prüfung des Finanzjahres für 1921.
3. Rechnungsabrechnung der 16, 17, 18 und 20.  
4. Bericht des Ausschusses.

Berlin, den 17. November 1921.

Der Vorstand.  
M. Gustav H. Hermann  
Vorsitzender Schriftführer

Anfragen und Erklärungen, welche die Wünsche  
in die Klausur der Kasse erforderlich machen, sind  
spätestens bis zum 24. November im Kasentokal  
schriftlich einzureichen.

**Theater u. Vergnügungen**

**Theater am Molleendorferplatz**  
7 1/2 Uhr:  
Die Ehe  
im Kreise  
Theater des Ostens  
7 1/2 Uhr:  
Fidèle Brüder  
7 1/2 Uhr:  
Casino-Theater  
Der neue Schläger  
Der Weg zum Glück

**Theater am Kottbuser Tor**  
Tel.: 16077  
Etel. 7 1/2 u. 9 u.  
Stg. nach 9 u.  
Ein-Sänger  
Sonnab. 3 1/2 Uhr  
Schpiel  
b. Zuzins-Theat.  
Kinder-Mitbes. Vorstell.  
Schneewittchen  
Halbe Preise  
Vorverkauf 11-12 u. 4-6

**Arbeitskraft u. Lebensfreude**  
erhalten u. u. u.  
Godesberger-  
Blutreinigungskapseln  
Lungen-Leber-Nieren-Blasen-  
Gicht-Rheuma-Nerven-  
Kräuter  
Atzlich  
empfehlen  
In Apotheken, Aufkündigungsschein gratis.

Hauptniederlage für Berlin:  
**Elefant-Apothek, SW, Leipziger Str. 74**

**Maschinensetzer**

Mehrere tüchtige Einsetzer und Typographen, zu  
günstigen Bedingungen in Deutschland, sofort erucht

**Seydel & Co., Teiltower Straße 29/30**

**Anzüge, Schläpfer**

in bester Verarbeitung, aus prima Stoffen  
in reichhaltiger Auswahl  
Große Auswahl in neuesten Maßstoffen  
Eigene Ateliers Solide Preise  
Im G. m. b. H. Schieplatz 12

**Auf Teilzahlung  
Anzüge**  
Cutaways, Ullster,  
Schläpfer, Reglans,  
Mehrschicht, mod. Sch.  
Wagen, bisch. Reizmittel  
Leiter Gottlieb  
Hollendorferstr. 22 a  
II. Etage (Molleendorferpl.)  
Sonntags 9-11

**Möbel**  
Par. u. Teilzahlung  
kolonial Bedingungen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtung  
Wohnzimmer / Schlafzimmers  
Speisezimmer / Kinderzimmer  
Bunte Küchen  
Einzelne Möbel  
Liefere auch nach ausw.  
Lagerungskosten!

**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 55  
5 Min. v. Alexanderpl.  
Tägliche Bedr. 47-48  
Solln. n. Sbl. Guelandbr.

**Zur  
Lage in Rußland!  
Jetzt aktuell!**

**Professor Dr. Carl Ballod:  
Gowjet-Rußland**

Preis 5.— Mark / Gebunden 8.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9  
sowie in allen „Freiheit“-Expeditionen

**Ca. 3000 Pelze**

schon ab, tolllos erhalten (Stamm  
und Fleisch) mit weicherem Stoff  
belegten, durch perlen- oder abgewogen

**Agil's, G. m. b. H.**  
Berlin C 19 / Petrisstraße 1-2

**Lausdacken  
Lustschlänche**  
40, 50,  
60 ZL.  
10, 15,  
20 ZL.  
Bestand nach anw. m. d.  
Eugen Schmidt, Badstr. 13

**Musiker**  
zu allen Funktionen  
vermählt

**Müller-Andwets**  
Wilmersdorf, M. 51  
Norden 988, 3244.

**Altmetalle**  
sahle hohe Preise. Ober-  
bergt. Dr. 1, Rembrandt-  
str. 107, 1. Hof, Berl.

**En-Allison**  
Berliner-Str. 111  
Schlichte angebr. Musikant  
un-entf. 8. Hof, Berl.  
G. G. Engelbrecht, W. Hof  
den C 18, Kasp. 107, 9.

**Altmetalle**  
kauft in Engpassellen  
J. Abusch, Ost, Wilmers-  
dorf, Wilmersdorf  
Dr. 5, Wilmersdorf  
Hofstr. 107, 1. Hof, Berl.

**Frauenhaar**  
Kauf, kauft in Berlin  
Wilmersdorf, Wilmersdorf  
Keller-Wilmersdorf-Str. 39

**Kleide Dich billig, elegant! Jackett-Anzüge, Cutaways, Schläpfer,**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a.  
toll auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Toppiche, Toppiche, warme  
billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelfische 400. Blau-, Silberfische, Skunks, Enorm  
Luchs, Sportpelze 500, Gelpelze 1500, Pelzmäntel 2500.  
Keine Lombardwaren



# Der Kampf gegen die Schundliteratur

## Ein Erfolg in Neukölln

Von Stadtrat Karl Schneider.

Dezernent des Bezirksjugendamts.

„Gru, lieber Freund, ist alle Theorie!“ Wenn irgendwo dieses Goethe-Wort Geltung hat, dann ist es im Kampf gegen die Schundliteratur. Kilometerlange Zeitungsartikel sind seit Jahrzehnten darüber geschrieben, Bücher verfaßt, Vorträge gehalten, Verzeichnisse guter und schlechter Bücher sind herausgegeben worden. Der Erfolg ist gleich null. Niemand ist bisher auf den allein richtigen Gedanken gekommen, diese Schundliteratur als ein Massenproblem anzusehen, dem man durch theoretische Auseinandersetzungen wirklich nicht bekommen kann. So ist denn alles, was bisher geschah, erfolglos geblieben, weil man mit allen möglichen Faktoren gerechnet hat, nur nicht mit dem, den es eigentlich in erster Linie angeht, dem Kinde selbst. Wenn man dem Kinde etwas, was ihm lieb geworden ist, mag es gut oder schlecht sein, fortnehmen will, dann muß man ihm sofort einen Ersatz dafür geben. Oder mit andern Worten, wenn man einem Kinde ein Buch, das man für schlecht hält, wegnimmt, ohne ihm ein besseres zu geben, wird es natürlich versuchen, sich ein schlechtes wieder zu verschaffen; denn das Kind nimmt lieber ein schlechtes Buch als gar keins.

Von diesem Standpunkt ausgehend, hat das Bezirksjugendamt Neukölln vor einigen Wochen eine Aktion eingeleitet, die Nachahmung verdient, weil sie jetzt mit einem sichtbaren Erfolg abschließt. Für schlechte Bücher wurden den Kindern gute Bücher gegeben und dieselben immer wieder eingetauscht, so daß der, der erst einmal in der Fürsorge des Jugendamts stand, gar keine Veranlassung hatte, sich noch nach weiterer schlechter Lektüre umzusehen.

Man sagt, die Kinder lesen lieber schlechte als gute Bücher. Das ist glatter Unsinn! Was war das für ein Andrang in den Ausgabeständen! Zu Hunderten kamen sie mit ihren Lieblings- von gestern, um das Neue kennen zu lernen. Und wie haben sie gelesen! Sie gingen oft nicht erst nach Hause, sondern auf irgendeiner Treppe oder einer Bank des Rathauses wurden die neuen Bücher mit leuchtenden Augen sofort verschlungen und wieder umgetauscht. Und wir haben es gern getan. Es wurde jeder bedient, und wenn er in der Stunde dreimal kam; ein Jugendpfeger darf ja kein Bureaufkrat sein. Was hat sich nun aber alles angeammelt nicht nur an Zahl, es sind ca. 30 000 Schundbücher, sondern auch Ansehen und Inhalt! Der selbige „Rinaldo Rinaldini“ kann sich vor Scham in den Boden verkrühen ob der Nachfolger, die er gefunden hat, „Mc Carter“, „Buffalo Bill“, „Welt-Detectiv“, „Excentric-Club“, ja sogar die „Intimen Geschichten“, mit dem denkbar zotigsten Inhalt sind vertreten. Es war klar, daß der Buchhandel dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurde, und er kam. Erst ein schwacher Anfang. Und dann kam die Organisation und schloß folgende Abmachung mit dem Jugendamt:

Die im Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhändler, Ortsgruppe Neukölln, organisierten Buchhändler verpflichten sich, nur solche Jugendbücher zum Verkauf zu bringen, welche vom Jugendamt Neukölln als einwandfrei empfohlen werden. Für eine Uebergangszeit ist der Verkauf folgender Serien noch gestattet: „Prinzessin Uebermuth“, „Der neue Lederstrumpf“, „Es war einmal“, „Männer und Weib“.

„Ist das ein Erfolg? Ja! Wer das nicht glaubt, der sehe sich heute schon viele Neuköllner Schaufenster an. Eine Kontrolle wird dafür sorgen, daß das Abkommen auch eingehalten wird. Arm in Arm mit den Buchhändlern wird der Kampf nun gegen die Produktionsgeschäfte geführt, welche die schlimmste Art von Schund, nämlich die aus den Mülhausen herausgeschickte, feilbieten. Hier haben die beamteten Versteigerer und die Polizei das Wort. An die Bezirke Groß-Berlins und andere Stadtverwaltungen richte ich die Bitte: „Geht hin und tuet desgleichen.“ Sache der Verleger wird es nun sein, gute Ware auf den Markt zu bringen. Daß sie gekauft wird, dafür sollen die Jugendämter und alle die, die ein Herz für die Jugend haben, die Verantwortung übernehmen.

Vom Magistrat gehen uns zu dem Thema „Kampf gegen die Schundliteratur“ noch folgende Ausführungen zu: Der Berliner

Ausschuß zur Bekämpfung der Schundliteratur und des Unwesens im Kino ist mit folgendem Antrage an die Stadtschuldeputation der Bezirke I-VI herangetreten:

Die Pflege des guten, billigen Buches ist eins der wichtigsten Mittel im Kampfe gegen Schmutz und Schund. Der Gedanke des Klassenlesens ganzer Bücher ist seit Jahrzehnten mehr und mehr in den verschiedenen amtlichen Lehrplänen für die Volksschulen zum Ausdruck gekommen. Nur die Gewinnung eines inneren Verhältnisses zu ganzen Büchern, geschrieben von ganzen Menschen, kann zur Erziehung einer Persönlichkeit wesentlich beitragen, die die leichten und blöden Losungen des Minderwertigen als solche zu erkennen und deshalb zu meiden vermag.

Aus Geldern zur Beschaffung von Lernmitteln für arme Kinder werden fortgesetzt Lesebücher gekauft, während für Klassenlektüre feinerer Mittel zur Verfügung stehen. Eines der wichtigsten Erziehungsmittel für die Heranbildung zu echtem Menschentum scheidet völlig aus. Der ständig wachsenden Schundflut wird also nur das zur literarischen Erziehung wenig geeignete Lesebuch entgegengestellt.

Der Ausschuß bittet deshalb: an Stelle der Lesebücher für Unbemittelte Bücher für Klassenlektüre zu beschaffen. Finanziell würden der Stadt keine Nachteile, dagegen gewisse Vorteile für die Zukunft entstehen. Ein einziges Lesebuch ist so teuer, daß für seinen Anschaffungspreis 50 Hefte der „Deutschen Jugendbücher“, der „Bunten Bücher“ oder der „Bunten Jugendbücher“ bezogen werden könnten.

Eine derartige Anschaffung würde dauernden Wert haben, denn Lesebücher veralten, echte Kunstwerke aber, und nur solche sollten beschafft werden, sind dem niemals ausgeht. Das jetzige Lesebuch läßt sich durch Streichungen den veränderten Verhältnissen anpassen. Sobald das neue Lesebuch fertig ist, wird seine Beseitigung unausschießbar sein, die ständig für seinen weiteren Gebrauch gemachten Anwendungen sind also zwecklos und bedeuten eine Schädigung des Stadtsäckels. An einer künstlichen Aufrechterhaltung des Veralteten kann der Stadt unmöglich gelegen sein.

Die Bücherpreise steigen ständig, aber die billigen Bücher haben diese Bewegung mit Ausnahme von Schaffstein nur teilweise mitgemacht. Hier besteht die Möglichkeit, billig und preiswert einzukaufen, den Kindern unschätzbare ideale Vorteile zu sichern, und die Stadt vor späterem Schaden zu bewahren.

Nach Anhörung der Schulpflichtigenkonferenz hat die Stadtschuldeputation beschlossen, grundsätzlich den einzelnen Schulen die entsprechenden Anträge stellen, die Genehmigung zur Beschaffung von Klassenlektüre an Stelle der Lesebücher zu erteilen. Hier hat es nun jede Schule in der Hand, sich das Beste zu sichern, was die deutsche Dichtung geschaffen, ja, sie kann noch weitergehen und durch Veranstaltung von Elternabenden ihren Schatz wehrer Dichtung so erweitern, daß sie in absehbarer Zeit nicht Not zu leiden braucht.

Alle Direktoren, Lehrer Elternbeiräte werden gebeten, die letzte Gelegenheit, literarisches Kulturgut unseren Kindern zu wahren, nicht vorübergehen zu lassen. Zweifelloser können die bisherigen billigen Preise nicht aufrechterhalten werden.

Soweit die Zuschrift des Magistrats. Die Aufforderung an die Schulen ist zu begrüßen; besonders sollten es sich die sozialistischen Elternbeiräte angelegen sein lassen, auf diesem Wege die oft kitzigen, kriegerischen und fürstenerherrschenden Bücher der Schulbibliotheken durch gute Literatur zu ersetzen.

**Vorträge in der Treptow-Sternwarte.** Die Treptow-Sternwarte, die es sich zur Aufgabe macht, Belehrung und Unterhaltung durch gute Film- und Lichtbildvorträge zu verschaffen, hat in der kommenden Woche folgende Darbietungen auf ihrem Programm: Sonntag, den 20. November, 4 Uhr: „Mit Djeandampfer von Bremen nach New York“ (Filme), 6 Uhr den mit herrlichen Ausnahmen ausgestatteten Film: „Wunder des Meeresgrundes“, 8 Uhr den Film: „Im Kampf mit dem Berge“, der eine unübertroffene Wiedergabe der Naturgewaltigen in der alpinen Hochwelt darstellt und die Ueberwindung der Eisriesen und Gletscherpalten durch Spitzhade und Seil darstellt. Dienstag, den 22. November, abends 7 Uhr, hält Herr Dr. A. Archenhold einen astronomischen Vortrag mit zahlreichen Licht- und Drehbildern über das Thema: „Sternhaufen, veränderliche und neue Sterne“. Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr: „Wunder des Meeresgrundes“. Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr: „Im Kampf mit dem Berge“. Sonnabend, den 26. November, nachm. 6 Uhr, wird der Alpenfilm „Wunder des Schneeschuhs“ vorgeführt, der im Siegeszug alle Kulturländer der Welt eroberte, abends 8 Uhr: „Im Kampf mit dem Berge“. Sonntag, den 27. November, findet vormittags 11 Uhr zugunsten der Waisenfinder von

Oppau eine Wohltätigkeitsveranstaltung statt, bei welcher neben anderen interessanten Punkten auch der Film „Im Kampf mit dem Berge“ auf der Tagesordnung steht. Nachm. 4 Uhr wird der Hochgebirgsfilm „Das Berner Oberland“, 6 Uhr: „Wunder des Meeresgrundes“ und 8 Uhr: „Wunder des Schneeschuhs“ vorgeführt.

## Der Kampf der städtischen Arbeiter

Neue Verhandlungen im Rathaus

Gestern nachmittag fanden im Rathaus neue Verhandlungen zwischen dem freigewerkschaftlichen Lohnkartell der städtischen Arbeiter und der dazu beauftragten Magistratskommission statt. Den Vorsitz führte Stadtrat Koblenzer; dem Magistrat waren außerdem der Kammerer Dr. Kardig und die Stadträte Schlichting und Pöschel anwesend. Die Interessen der städtischen Arbeiter wurden von Polenske, Ortmann, Jagosinski und Krüger wahrgenommen.

Der Gegenstand der Verhandlungen war die in der Funktionärversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten am 15. November aufgestellte Forderung auf 1000 Mark und 250 Mark für jedes Kind. Vom Lohnkartell wurde in schärfster Weise die vom Magistrat für die Wirtschaftsbetriebe vorgeschlagene Staffelung bekämpft.

Die Magistratskommission wird die Forderung der Arbeiter und Angestellten in der nächsten Sitzung des Magistrats befürwortend vertreten.

Die von uns wiedergegebene Meldung vom Rücktritt Polenskes entspricht nicht den Tatsachen, sie beruhte auf einer falschen Information. Polenske führt die Verhandlungen zwischen Lohnkartell und Magistrat weiter.

## Die neue Gewerbesteuerordnung

Der Magistrat schreibt: Durch die Einführung einer besonderen Gewerbesteuer an Stelle der bis jetzt stattfindenden Erhebung von Zuschlägen zu der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer soll in erster Linie eine bessere Anpassung der Steuer an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerpflichtigen erreicht werden.

Der Entwurf des Magistrats für eine Gewerbesteuerordnung der Stadt Berlin sieht im § 3 zunächst eine Steuer von dem Ertrage vor. Der Steuerjahrs ist noch nicht festgelegt, er soll vielmehr nach der Höhe des Steuerbedarfs bei Feststellung des Haushaltsplanes von den städtischen Körperkassen für jedes Rechnungsjahr besonders festgelegt werden. Betriebe mit einem Jahresertrag unter 5000 Mark bleiben von der Steuer frei. Im übrigen soll der für jedes Jahr zu beschuldende Steuerjahrs von den ersten 5000 Mark des Ertrages der steuerpflichtigen Betriebe unverändert erhoben werden. Für die darüber hinausgehenden Beträge des Ertrages ist eine stufenweise Erhöhung des zu erhebenden Steuerjahres um zwei Zehntel bis dreißig Zehntel vorgesehen, und zwar in der Weise, daß der höhere Steuerjahrs immer nur für den Teilbetrag des Ertrages zu zahlen ist, der über den in die vorhergehende Stufe fallenden Betrag hinausgeht.

An Stelle der Steuer vom Ertrage sieht § 4 des Entwurfes für bestimmte Fälle eine Steuer vom Anlage- und Betriebskapital vor. Betriebe mit einem Kapital von mehr als 100 000 Mark, deren Ertrag hinter 5 Prozent des Anlagekapitals zurückbleibt, werden hiernach unter Zugrundelegung eines fingierten Ertrages veranlagt, und zwar tritt an Stelle des tatsächlichen Ertrages ein Satz von 5 Prozent bzw. 2 Prozent des Anlagekapitals.

Neben der Steuer vom Ertrage bzw. Anlagekapital sieht § 5 des Entwurfes eine Kopfststeuer vor. Dieser Steuer sollen Betriebe unterworfen sein, die durchschnittlich mehr als 20 Arbeitnehmer dauernd beschäftigen. Für die ersten 100 Arbeitnehmer ist eine stufenweise Ermäßigung der Steuerhöhe vorgesehen, so daß die vollen Sätze nur für die Zahl der Arbeitnehmer erhoben werden, die über 100 hinausgehen. Bei denjenigen Gewerbebetrieben, deren Betriebsräume 1000 Quadratmeter Fläche überschreiten, soll noch eine besondere Flächensteuer gemäß § 7 erhoben werden. Die Steuer beträgt 1 Mark für jeden Quadratmeter, der über 1000 Quadratmeter Bodenfläche hinausgeht. Bei niedrigem Ertrage ist eine Ermäßigung dieser Steuerhöhe vorgesehen.

Schließlich bringt § 8 des Entwurfes noch eine Sonderbelastung derjenigen Betriebe, die in Berlin nur eine Niederlassung unterhalten, ihren Sitz aber außerhalb Berlins haben. Die Steuerordnung soll erstmalig Anwendung finden auf die Gewerbesteuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1922. Um aber bereits vorher die nötigen Vorarbeiten (Einforderung der Steuererklärungen

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fick

Copyright 1921 by Breitkopf & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(21. Fortsetzung)  
„Doch! Ich erinnere mich, als ich den Krankensaal verließ, traf ich zwei Krankenwärter, die über die Kranken sprachen. Der eine meinte: Man wird Nr. 23 umtragen müssen. Der andere erwiderte: Lohnt nicht der Mühe. Der ist fertig. Nr. 23, das war mein Peterchen. Ach Gott, ich glaubte zu Boden sinken zu müssen. Mein Kind war aber so kräftig, daß es drei Tage länger mit der Krankheit ringen mußte, als man erwartet hatte. Und dann geschah etwas Furchterliches. Es gab nur einen einzigen Sarg in der Stadt. Ich kaufte ihn sofort, damit mein Buben nicht in die nasse Erde gebettet würde. Aber der Fischer wollte mir den Sarg nicht aufbewahren. Die Ware lasse sich schwer zurückstellen, es werde viel gestorben. Um sicher zu sein, daß man mir den Sarg nicht fortnahm, mußte ich ihn in mein Zimmer tragen lassen. Ich habe zwei Nächte neben ihm verbracht. Sie mögen sich diese beiden Nächte vorstellen...! Am Tage lief ich zu meinem armen Jungen. Ich habe ihn gesehen, unter Tränen wenigstens. Er hat mich nicht mehr erkannt...“

Keine der anwesenden Damen hatte einen Angehörigen im Kriege verloren. Frau Baravère rührte sie, aber sie überraschte sie auch ein wenig durch die Treue zu ihrem Toten.

„Meine arme liebe Freundin“, beruhigte sie die würdige Frau Lebarbeau-Chatenais, „ein großes Opfer ist Ihnen auferlegt worden. Aber trösten Sie sich damit, daß Ihr Sohn auf dem Felde der Ehre gefallen ist.“

„Ja, ja — aber er mußte doch mit zwanzig Jahren sterben, und ich bin übrig geblieben...“

„Wie viele andere Mütter mußten die gleiche grausame Prüfung erdulden.“

„Ja, ja — ganz recht. Wie viele andere, ich sehe noch Peterchens Abmarsch... Eine ganze Menge Mamas waren dabei. Wir suchten tapfer auszuhalten, um unseren Kindern Mut zu machen. Wir wehten mit unseren Taschentüchern, als die Jüge sie dem Tode entgegenzschleppen... Ach Gott, wie viele der armen Burischen sind gefallen. Und jetzt frage ich mich, ich frage mich...“

Sie brach ab.

„Was denn, liebe Freundin?“ fragte Frau Giraudet, das Vorgn auf sie richtend.

Sie antwortete langsam:

„Ich frage mich, ob wir uns richtig verhalten haben?“

„Wie denn?“

„Ja, warum haben wir sie so zum Abmarsch gedrängt?“

„Alle Damen betrachteten sie in bestürztem Schweigen.“

Sie sprach weiter, die Augen auf den Teppich geheftet.

„Jetzt in unseren leeren Häusern fragen wir uns, warum haben wir das getan? Wem ist damit gedient? Hätten wir uns nicht mutiger gezeigt, wir Frauen aller kriegsführenden Länder, wenn wir es wie jene Italienerinnen gemacht hätten, die sich vor die Käder warfen, um die Abfahrt der gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Gottverfluchten Jüge zu verhindern...?“

„Ei, nichts.“

„Doch, Herr Réal, das ist nicht nett!“

„Jetzt dürfen Sie gar nicht mehr schweigen.“

„Sprechen Sie, wir sind alle gespannt.“

„Nun, Jacques“, meinte Frau Réal, „laß dich nicht so lange bitten!“

Die Besucherinnen waren ganz erregt und beschworen ihn, als wollte er mit der versprochenen Entdeckung eines Geheimnisses nicht herausrücken.

„Ich bitte Sie“, sagte er, belustigt über solche Hartnäckigkeit, „sprechen wir doch von etwas anderem. Alles, was ich Ihnen sagen kann, ist, daß es sich um ein ziemlich sonderbares Schriftstück handelt. Ich dachte daran, weil es sich auf die Stellung der Frau im Kriege bezieht. Aber ich verführe Ihnen, es wäre unpassend, Ihnen das vorzulesen.“

Jede gab sich nun nach ihrer Natur, bettelnd, gebieterisch, gleichgültig.

„Aber, Herr Réal!“

„Schnell, schnell, das Schriftstück!“

Er erhob sich.

„Gut, ich will es suchen. Aber vergessen Sie nicht, ich lehne jede Verantwortung ab.“

In kürzester Zeit erschien er wieder und hielt einen gelben Umschlag in der Hand. Er entnahm ihm ein sauber und sorgsam beschriebenes Blatt Papier. In der linken Ecke war eine Schwalbe eingepreßt, die ein kleines Rechteck mit dem Worte „Erinnerung“ im Schnabel hielt.

„Das Blatt stammt“, erklärte er, „aus einer Sammlung, die ich an der Front angelegt habe. Wie jeder Schriftsteller hatte ich Lust, ein Buch über den Krieg zu schreiben. Dieser Brief ist vollständig zuverlässig. Er wurde mir von einem Kameraden übergeben, der ein Zigaretten im geräumten Gebiet leitete. Man fand das Schreiben in der Uniform eines Toten. Es ist nur mit einem Vornamen unterfertigt. Geschrieben ist es von...“

Er zögerte.

„Sie werden jetzt gewiß Ihre Hartnäckigkeit bedauern, meine Damen. Es ist geschrieben von einer Genossin des Mädchens Elisa, von der Insassin irgendeines Hauses Tessier. Entschuldigen Sie, ich hätte es nicht so weit kommen lassen dürfen. Das Schlimmste ist, daß der Brief geschrieben ist an ihren... Nun, Sie werden ja sehen.“

Das Bedenliche dieser Ankündigung hatte alle Damen in Stimmung gebracht; sie listerten.

(Fortf. folgt.)



